

ÖAW

ÖSTERREICHISCHE  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN



# AKADEMIE IM DIALOG – FORSCHUNG UND GESELLSCHAFT | 2

NEUE WELTORDNUNG?



---

# NEUE WELTORDNUNG?

**DISKUSSIONSRUNDE IM RAHMEN DER SITZUNG DER  
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHEN KLASSE DER  
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
AM 15. DEZEMBER 2022**



# INHALT

## VORWORT

<b>CHRISTIANE WENDEHORST</b>   Präsidentin der philosophisch-historischen Klasse, ÖAW .....	5
---	---

## BEITRÄGE

<b>WALDEMAR ZACHARASIEWICZ</b>   Emer. Professor für Anglistik und Amerikanistik, Universität Wien Die USA und Europa: Die Weltordnung und das Erbe der Gründerväter .....	7
---	---

<b>EMIL BRIX</b>   Botschafter; Direktor, Diplomatische Akademie Am Weg zu einem schwachen und isolierten Russland .....	17
---	----

<b>SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK</b>   Emer. Professorin für Sinologie, Universität Wien Mit den USA die Welt teilen: Chinas Blick auf eine zukünftige Weltordnung .....	23
--	----

<b>DISKUSSION</b> .....	29
-------------------------	----



# VORWORT

## CHRISTIANE WENDEHORST

In den 1990er-Jahren – nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion – wurde die von Francis Fukuyama formulierte These vom „Ende der Geschichte“ populär. Unter Rückgriff auf die Hegel'sche Geschichtsphilosophie prognostizierte der US-amerikanische Politologe ein Ende der totalitären Systeme und einen geschichtlichen Endzustand der Welt in Marktwirtschaft und Demokratie.

Wie kontrovers auch immer Fukuyamas These vor dreißig Jahren schon diskutiert wurde – die jüngeren weltpolitischen Entwicklungen lassen sich kaum mit dem Gedanken an ein Ende der Geschichte vereinbaren: Die Demokratie der USA gilt heute als verletzlich. Mit der Volksrepublik China drängt eine Macht in die erste Reihe, die zwar die Marktwirtschaft verinnerlicht hat, demokratische Bestrebungen aber unterdrückt. Das autoritär geführte Russland hat sich mit dem Angriffskrieg gegen die

Ukraine 2022 unvermittelt in einen Konflikt mit „dem Westen“ begeben. Schon wird von einem „neuen Kalten Krieg“ gesprochen und das Schlagwort von einer „Zeitenwende“ im Mund geführt.

Fest steht: Die politische Weltordnung des 20. Jahrhunderts ist heute in Frage gestellt, die globalen Machtverhältnisse verschieben sich. Das Gefüge der Weltpolitik ist, so lautet eine vielfache Diagnose, dabei, sich neu zu ordnen.

Politische Entwicklungen der Gegenwart – und der Zukunft – können stets nur aus der Geschichte heraus verstanden werden. Das ist der gemeinsame Ausgangspunkt aller drei Impulsvorträge zu der Diskussionsrunde, die sich am 15. Dezember 2022 im Rahmen der Sitzung der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW dem Thema „Neue Weltordnung?“ widmete.

Die genannten Mächte USA, Russland und China standen im Zentrum



*Christiane Wendehorst ist Juristin und Universitätsprofessorin am Institut für Zivilrecht sowie stellvertretende Vorsitzende am Institut für Innovation und Digitalisierung im Recht an der Universität Wien, Scientific Director des European Law Institute und Vizepräsidentin des Österreichischen Juristentags. Seit Juli 2022 ist sie Präsidentin der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.*

der drei viel beachteten Referate: Der emeritierte Universitätsprofessor für Anglistik und Amerikanistik Waldemar Zacharasiewicz reflektierte über das Verhältnis zwischen den USA und Europa in Vergangenheit und Gegenwart. Botschafter Emil Brix erläuterte seine Prognose von einem Russland, das aus dem Ukraine-Krieg „schwach und isoliert“ hervorgehen werde. Susanne Weigelin-Schwiedrzik schließlich, emeritierte Professorin für Sinologie, analysierte die spezifisch chinesische Perspektive auf die Weltordnung.

Die Vorträge boten reichlich Stoff für eine Diskussion, die in der vorliegenden Broschüre abschließend ebenfalls dokumentiert wird. Namens der philosophisch-historischen Klasse wünsche ich Ihnen eine spannende und erhellende Lektüre!



# DIE USA UND EUROPA: DIE WELTORDNUNG UND DAS ERBE DER GRÜNDERVÄTER

WALDEMAR ZACHARASIEWICZ

Aus der Perspektive eines Literaturwissenschaftlers und Kulturhistorikers wird der Einfluss der USA auf die Weltordnung und ihr Verhalten zu Europa bis in die Gegenwart durch das Erbe der Gründerväter bestimmt. Dies soll anhand von vier Aspekten verdeutlicht werden.

1. Die Hoffnung der puritanischen Pilgerväter, eine neue religiöse Gesellschaft in der „Neuen Welt“ – eine leuchtende „City upon the Hill“ – zu etablieren, stand am Beginn der Besiedlung der Atlantikküste. Das Sendungsbewusst-

sein der Pilgerväter ist nach der Säkularisierung im Zeitalter der Aufklärung in die Überzeugung von einer exzeptionellen Rolle der expandierenden Nation transformiert worden.<sup>1</sup> Sie wurde in quasi

<sup>1</sup> Der Journalist John Louis O'Sullivan hat dies 1845 im *United States Magazine and Democratic Review* folgendermaßen formuliert: Die Vorsehung habe die Besitznahme des gesamten Kontinents für die amerikanische Nation bestimmt („our manifest destiny to overspread and to possess the whole of the continent which Providence has given us“). Vgl. Paul S. Boyer, Clifford E. Clark Jr. et al., *The Enduring Vision*, 417.



*Waldemar Zacharasiewicz ist emeritierter Professor für Anglistik und Amerikanistik an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Literatur und Kultur des amerikanischen Südens sowie des anglophonen Kanada, in Imagologie und Reiseliteratur sowie im transatlantischen Kulturaustausch zwischen Europa und Nordamerika. 2000 wurde er zum wirklichen Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt und leitet dort die Kommission The North Atlantic Triangle.*

religiösen Riten als *civil religion* zelebriert und ist bis in die Gegenwart emotionsgeladen, wie Expert:innen gezeigt haben.<sup>2</sup> Dieses Selbstverständnis hat noch in der selbstgewählten Mission mehrerer Präsidenten im 20. Jahrhundert seinen Niederschlag gefunden.

2. Nach dem Unabhängigkeitskrieg haben mehrere Präsidenten – u. a. George Washington und Thomas Jefferson – in privater Korrespondenz und in kanonisierten Reden<sup>3</sup> radikale Distanz gegenüber dem „alten Kontinent“ Europa und

<sup>2</sup> Die bei der Inauguration von Präsidenten und in deren Reden verwendeten religiösen Bezüge gehen auf die ersten Präsidenten zurück. Vgl. Robert N. Bellah, „Civil Religion in America“, *Daedalus* 96, 1 (1967): 1–21. Die emotionale Dimension politischen Handelns illustriert Heike Paul, *Amerikanischer Staatsbürgermentälismus: Zur Lage der politischen Kultur der USA*, Göttingen: Wallstein, 2021.

<sup>3</sup> George Washington hat in seiner Abschiedsrede als Präsident Distanz zu den Konflikten des „alten Kontinents“, gefordert und Thomas Jefferson hat einen Neffen dringend vor einer „Ansteckung“ durch das korrupte Europa gewarnt und sich einen „ocean of fire between us and the old world“ gewünscht. Dazu Waldemar Zacharasiewicz, „Transatlantische Differenzen in kulturhistorischer Perspektive“, *Transatlantische Differenzen*, Hrsg. W. Zacharasiewicz, Wien: Böhlau, 2004, 21–41, bes. 21–25.

seinen Konflikten eingefordert. Darin liegt ein Kern des zeitweiligen Isolationismus der amerikanischen Außenpolitik. Der fünfte Präsident, James Monroe, hat zusammen mit seinem Secretary of State, dem späteren Präsidenten John Quincy Adams, die nach ihm benannte Doktrin formuliert, die die Einflussnahme von europäischen Mächten in der Ära der Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika zurückwies. Diese – später umgedeutete – Monroe-Doktrin hat im späten 19. und im 20. Jahrhundert zu etlichen Interventionen der USA quasi in ihrem Hinterhof geführt, was viel Kritik provoziert hat. Eine Konsequenz der Zurückweisung kolonialer Macht anderer waren die zu Spannungen führenden Forderungen der USA an europäische Staaten zur Aufgabe ihrer Kolonien.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Im Zweiten Weltkrieg und danach haben die USA die Verbündeten aufgefordert, ihre Kolonien in Asien und Afrika in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dies betraf Großbritannien in Bezug auf Indien, die Niederlande in Bezug auf Indonesien, später den Suezkanal und Algerien. Nur in Indochina führte die inzwischen formulierte Doktrin der Eindämmung der kommunistischen Weltmacht zur folgenschweren Übernahme der Rolle Frankreichs in Vietnam.

3. Ein Erbe der Gründerväter aus der Aufklärung sind die beiden Dokumente der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung. Bis in die Gegenwart gibt es einen Dissens in der Interpretation der Sätze der Verfassung samt Zusatzartikeln. Dabei waren das Pathos des Dokuments von 1776 und die realen Restriktionen in der Verfassung, die in der Praxis großen Teilen der Bevölkerung der USA bis nach der Mitte des 20. Jahrhunderts diese Rechte vorenthielt, unvereinbar.<sup>5</sup> Dies hat im eigenen Land, vor allem aber außerhalb, angesichts des klaffenden Gegensatzes zwischen Rhetorik und Wirklichkeit zum summarischen Vorwurf, dass die amerikanische

<sup>5</sup> Die Formulierung über die „unalienable rights [...] of life, liberty and the pursuit of happiness“ und die realen Restriktionen in der Verfassung von 1787 waren unvereinbar. Frauen erhielten das Wahlrecht in den USA erst 1920. Die Entscheidung des Supreme Court von 1896 („Plessy v. Ferguson“), die trotz der nach dem Bürgerkrieg 1868 bzw. 1870 angenommenen Zusatzartikel XIV und XV zur Verfassung die Segregation fest schrieb, verwehrte de facto African Americans bis zu ihrer Revision 1954 („Brown vs. Board of Education of Topeka“) und zu den Civil-Rights-Gesetzen von 1964 ff. das Wahlrecht.

Politik unehrlich/heuchlerisch sei, geführt. Dies umso mehr, als mehrere amerikanische Präsidenten im 20. Jahrhundert die USA im Sinne des *American Exceptionalism*<sup>6</sup> als Modell präsentierten und die globale Verbreitung des demokratischen Systems gefordert haben.

4. Die Gründerväter hatten in der Verfassung auch den Grundstein dafür gelegt, dass Konzepte einer Weltordnung, die mehrere Präsidenten im 20. Jahrhundert entwickelt bzw. forciert haben, nicht konsistent umgesetzt werden konnten. Die Teilung der politischen Macht – durch „checks and balances“ – schränkt die Macht der Exekutive ein, und dies hat zu Diskontinuitäten und Widersprüchen geführt. Die Wahlen für den Kongress alle zwei Jahre und die Möglichkeit, dass schon eine geringe Mehrheit darin Entscheidungen des Präsidenten blockieren kann, schwächen die Wirkung der – zudem in aller Öffentlichkeit und zum Teil unter dem Druck

von Medien abzuhandelnden<sup>7</sup> – außenpolitischen Entscheidungen. Ein Ausweg waren sogenannte *executive orders* – Durchführungsverordnungen/Dekrete, die freilich aufgehoben werden können, was von jeweils nachfolgenden Präsidenten wiederholt umgesetzt wurde.

Es folgt ein kurzer Abriss der Geschichte zu den Versuchen der USA, eine Weltordnung zu etablieren und zu erhalten.<sup>8</sup>

### DIE NEUE ROLLE DER USA ALS WELTMACHT

Nach dem Zustrom von Hunderttausenden von Europäer:innen (aus dem deutschen Sprachraum, aus Irland,

Jüd:innen aus Osteuropa, Italiener:innen) und infolge der rapide gewachsenen Wirtschaft- und Industriemacht der USA gewinnen imperialistische Tendenzen an Boden<sup>9</sup> – sie führen zum Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 und zur Entstehung von Kolonien und Protektoraten in der Karibik und im Pazifik.

Die Wirtschaftsmacht der USA und ihre entscheidende militärische Rolle im Ersten Weltkrieg, mit der – trotz der zunächst erklärten Neutralität erfolgten – Lieferung von Rüstungsgütern (im Umfang von 2,2 Milliarden US-Dollar), kommen unter Woodrow Wilson, der in den Krieg gegen die Mittelmächte unter dem Motto „to make the world safe for democracy“ eintritt, zum Tragen. Den Kriegsausgang beeinflusst auch Wilsons Vierzehn-Punkte-Erklärung im Jänner 1918.

<sup>6</sup> Dazu Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism: A Double-Edged Sword*, 1996, New York: W.W. Norton, 1997.

<sup>7</sup> Deren großen Einfluss auf die öffentliche Meinung – besonders durch TV und ein Netz von Radiostationen – sowie die problematische Macht sozialer Medien besonders in der Ära Trump beurteilt Tobias Endler pessimistisch in *Game Over: Warum es den Westen nicht mehr gibt*, Zürich: Orell Füssli, 2020, bes. 93–131.

<sup>8</sup> Einen Überblick bietet Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung: Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn: Schöningh, 2006; über die Rolle der USA im Ersten Weltkrieg, bes. 43–65.

<sup>9</sup> Während William McKinley zögert, betreibt sein Nachfolger Theodore Roosevelt diese Expansionspolitik aktiv.

## **DAS SCHEITERN VON WILSONS ENTWURF EINER WELTORDNUNG UND DER ISOLATIONISMUS IN DEN USA BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG**

Das Konzept eines Völkerbundes soll eine neue Weltordnung etablieren und den Frieden sichern. Das erste Mal wird damit von den USA ein globales Konzept präsentiert. Die Bedingungen der Friedensverträge der Entente enttäuschen jedoch und führen zum Scheitern ihrer Ratifizierung im Kongress und nach einem Streit über die exorbitanten deutschen Reparationszahlungen und die Rückzahlungen der Alliierten an die USA in der Höhe von 11 Milliarden US-Dollar<sup>10</sup> zum wachsenden Isolationismus der Politik der USA. Nach einer Hochkonjunktur sowohl in der Industrieproduktion, die sich in den Zwanzigerjahren verdoppelt, als auch im Konsum folgt die Weltwirtschaftskrise ab Ende 1929. Sie verstärkt die Abgrenzung von Europa und verzögert den Eintritt der USA in den Weltkrieg an der Seite der Demokratien in Westeuropa, auch wenn Lend-Lease-Abkommen (Gesetz vom März 1941)

<sup>10</sup> Nicht inflationsbereinigt; nach dem Consumer Price Index (CPI) gegenwärtig etwa 163 Milliarden US-Dollar.

diese trotz des Neutralitätsgesetzes von 1937 und der Aktionen isolationistischer Anti-Interventionisten unterstützen.<sup>11</sup>

## **FRANKLIN D. ROOSEVELTS NEUE WELTORDNUNG UND DER BEGINN DES KALTEN KRIEGES**

Noch während des Zweiten Weltkriegs bereitet Franklin D. Roosevelt eine liberale Weltwirtschaftsordnung vor (Juli 1944 in Bretton Woods) und initiiert die Gründung der UNO als Rahmen dieser neuen Weltordnung, nach ihrer Vorbereitung ab 1943 und Verhandlungen 1944. Sein Nachfolger Harry Truman erreicht die Unterzeichnung der Charter der Vereinten Nationen im Juni 1945; die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte folgt im Dezember 1948.

Schon zuvor war der Bruch zwischen den Alliierten sichtbar geworden und ein Kalter Krieg mit der Sowjetunion, die hinter dem inzwischen errichteten Eisernen Vorhang ihre Einflusszone dominierte, war Rea-

<sup>11</sup> Nach dem Kriegseintritt im Dezember 1941 folgten massive Lieferungen von Kriegsmaterial an die Alliierten im Kampf gegen die Achsenmächte.

lität. Nach mehreren erfolglosen Konferenzen und angesichts einer akuten Wirtschaftskrise kommt es zur Ankündigung des Marshallplans (Juni 1947), der aufgrund eines Zweiparteienkonsenses im Kongress von 1948–52 die demokratischen Länder West- und Mitteleuropas massiv mit 17 Milliarden US-Dollar<sup>12</sup> unterstützte und vor kommunistischen Umstürzen schützte.

## **DER KALTE KRIEG UND SEINE KRISEN**

Die Jahrzehnte von 1947/48 bis 1989 sind in Europa durch mehrere Krisen (zwei in Berlin; in Ungarn; in der Tschechoslowakei) geprägt, wobei die USA keinen direkten Einfluss auf die Länder des Ostblocks hinter dem Eisernen Vorhang nehmen können, aber den Schutz des freien Europas durch die NATO-Verträge sichern<sup>13</sup> und seine wirtschaftliche

<sup>12</sup> Inflationsbereinigt nach dem Consumer Price Index (CPI) wäre ihr heutiger Wert rund 210 Milliarden US-Dollar.

<sup>13</sup> Atlantische Sicherheit wird durch den Nordatlantikvertrag im April 1949 angestrebt, wobei isolationistische Traditionen in den USA aufgegeben werden.

Integration fördern. Die Gefahren eines Atomkrieges, ausgelöst durch Konfrontationen in Asien und in der Karibik (Kubakrise), werden durch Verhandlungen unter den Präsidenten Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard Nixon und Gerald Ford abgewendet. Das Scheitern der USA in Vietnam, wo versucht wurde, die Expansion der Macht des Weltkommunismus unter der Truman-Doktrin des Containment einzudämmen, schwächt den Einfluss des Landes, das dann pragmatisch Realpolitik betreibt und die VR China anerkennt.<sup>14</sup> Präsident Jimmy Carter bemüht sich um Abrüstung – mit gewissen Erfolgen besonders in Europa: die KSZE-Konferenz/Akte von Helsinki (Juli/August 1975) – und versucht, statt pragmatischer Machtpolitik global für die Menschenrechte zu wirken<sup>15</sup>.

## DAS ENDE DES KALTEN KRIEGES UND DIE HEGEMONIE DER USA

In den frühen 1980er-Jahren gibt es einen neuerlichen radikalen Kurswechsel, den manche als den „Zweiten Kalten Krieg“ bezeichnen; es kommt vorübergehend zu einer bedrohlichen Zuspitzung des Wettrüstens gerade in Europa<sup>16</sup>, mit enormem wirtschaftlichem Aufwand<sup>17</sup> durch die Administration von Ronald Reagan. Dies trägt zum Ende der Sowjetunion bei, dem Vereinbarungen mit Präsident Michail Gorbatschow vorausgehen, ebenso wie die deutsche Wiedervereinigung und die Befreiung der Länder des Warschauer Paktes. Die USA als nun verbliebene Supermacht zeigt sich unter Präsident George Bush aber bereit, im Konflikt im Nahen Osten multilateral zu handeln, was auch in dessen expliziten Bezügen auf die neue Weltordnung

seinen Ausdruck findet<sup>18</sup>. Bill Clinton tritt für eine globale Ausbreitung des demokratischen Gesellschaftskonzeptes ein, interveniert aber auch militärisch in Europa auf dem Balkan<sup>19</sup>. Die Ausweitung der NATO nach Osteuropa, die unter George W. Bush weitergeführt wird,<sup>20</sup> scheint diesen Ländern die von ihnen gewünschte Sicherheit zu geben; ebenso gibt es nach den Vorfällen vom 11. September 2001 globale Unterstützung im Kampf gegen den islamistischen Terror.

<sup>14</sup> Es kommt aufgrund politischer Entscheidungen den Nahen Osten betreffend damals zu großen wirtschaftlichen Problemen in den USA infolge des arabischen Ölboykotts.

<sup>15</sup> Vgl. die außenpolitischen Aktionen der USA betreffend Panama und Südafrika.

<sup>16</sup> Vgl. den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979.

<sup>17</sup> In den USA werden damals, nicht inflationsbereinigt, bis zu 300 Milliarden US-Dollar jährlich für Rüstungsgüter ausgegeben, was nach CPI heute etwa 830 Milliarden US-Dollar entspricht, bei einem stets großen Handelsdefizit.

<sup>18</sup> Die USA zeigen trotz ihrer Rolle als Hegemon unter George Bush Pragmatik und relative Zurückhaltung. In seinen Reden finden sich viele Bezüge auf die angestrebte neue Weltordnung. Vgl. Schwabe, bes. 412–426, 438–444.

<sup>19</sup> Vgl. die Interventionen am Balkan in Serbien bzw. im Kosovo. Vgl. Schwabe, 427–438.

<sup>20</sup> Die erste NATO-Osterweiterung erfolgt unter Bill Clinton, nach Gesprächen mit Präsident Boris Jelzin; weitere osteuropäische Länder werden unter George W. Bush 2004 NATO-Mitglieder. Andererseits scheitert die Bemühung um die Förderung stabiler demokratischer Strukturen und Praxis in Russland.

## DER IRAKKRIEG UND SEINE KONSEQUENZEN FÜR DIE AUSSENPOLITIK

Unter George W. Bush bestimmen „Falken“ die amerikanische Außenpolitik<sup>21</sup> und beenden das Regime Saddam Husseins im Irak, ohne dem gespaltenen Land Stabilität zu geben. Das Scheitern des problematischen Ziels einer Demokratisierung nach westlichem Modell führt zum Aufstieg der radikalen sunnitischen Kräfte und dem Kalifat der ISIS (Islamic State of Iraq and Syria), während Barack Obama in seiner Präsidentschaft – auch als Reaktion darauf

– den katastrophalen Bürgerkrieg samt russischer Intervention in Syrien geschehen lässt und die Besetzung der Krim im Wesentlichen nur durch die Verstärkung von Militärhilfe für Europa beantwortet und damit hinnimmt. Sein Interesse ist stark auf den Pazifik und den Nahen Osten, Iran und Afghanistan gerichtet und ähnelt trotz einzelner militärischer Schläge Jimmy Carters vorsichtigerer Weltpolitik.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Mit dem Begriff „Falken“ wurden neokonservative Politiker in der Administration, wie Paul Wolfowitz oder Donald Rumsfeld, bezeichnet, die eine kompromisslose Außenpolitik mit militärischen Mitteln befürworteten. Es kommt zur Distanzierung der USA von mehreren europäischen Staaten, wobei diese „Falken“ in der US-Regierung in der atlantischen Allianz einen Gegensatz zwischen „Jüngern des Mars und der Venus“ behaupten. Vgl. Robert Kagan, *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order*, New York: A. Knopf, 2003. Diesem Schema widerspricht der erfahrene Politiker und Politikwissenschaftler Joseph Nye, der stets für die „soft power“ der USA plädierte. Vgl. *The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*, Oxford: Oxford UP, 2002.

<sup>22</sup> Es geht ihm stärker um eine Auseinandersetzung mit der rapide wachsenden Wirtschaftsmacht China; und in der Praxis kennzeichnet seine Politik „soft containment“ nach den offensiven Aktionen von Wladimir Putins Russland, zuerst in Georgien, später in Syrien und der Ukraine. Die von Obama positiv zur Kenntnis genommene Sicht des Journalisten Fareed Zakaria (*The Post-American World, Release 2.0*, New York: W.W. Norton, 2012) von mehreren Hauptakteuren in der Weltordnung scheint der globalen Realität inzwischen näher zu kommen. Anders beurteilt das Vorgehen der Präsidenten seit George Bush Timothy J. Lynch (*The Shadow of the Cold War. American Foreign Policy from George Bush, Sr. to Donald Trump*. Cambridge: Cambridge UP, 2020), der Kontinuität in der Einstellung gegenüber dem wichtigsten Gegenspieler aus der Zeit des Kalten Krieges zu diagnostizieren meint.

## BRUCH MIT DEN TRADITIONEN UND POLARISIERUNG IN DEN USA

Nach dem unerwarteten Sieg des Populisten Donald Trump im November 2016 kommt es zum radikalen Bruch mit vielen Traditionen amerikanischer Politik,<sup>23</sup> dem Wiederaufleben des Isolationismus unter dem Motto MAGA („Make America Great Again“), zur Entfremdung von vielen Partnern, zur Schwächung der NATO und zum Handelskrieg mit der EU – vor allem aber mit dem seit George W. Bush und Obama zur globalen Wirtschaftssupermacht aufgestiegenen China –, und zur Annäherung an undemokratische Potenzen. Die schon unter Obama starke Polarisierung im Kongress schwächt die internationale Reputation des Landes, das auch im Kampf gegen die Pandemie gespalten ist. Mit der Leugnung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen 2020 und dem durch die Agitation provozierten Sturm auf das Kapitol erreicht die innere Krise einen Höhepunkt. Der Kulturhistoriker wird an das Urteil Alexis de Tocquevilles (*De la démocratie en*

<sup>23</sup> Vgl. dazu Richard Haass, *A World in Disarray: American Foreign Policy and the Crisis of the Old Order*, New York: Penguin, 2017.



*Amérique*, 1835, 1840) über das besondere Risiko der von ihm in mancher Hinsicht geschätzten amerikanischen Demokratie erinnert, das in der möglichen Tyrannei der Mehrheit und ihrer recht rasch wechselnden Präferenzen liege.<sup>24</sup>

Die Administration Joe Bidens bringt eine Rückkehr zu früheren Konzepten der Weltordnung und später durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Konsolidierung der früheren Partnerschaften: Es gibt auch längere Zeit Parteienkonsens über die Unterstützung der Ukraine im amerikanischen Kongress. Die innere Stabilität ist freilich durch die anhaltende Polarisierung der Gesellschaft prekär. Die Radikalisierung von rassistischen Tendenzen in der Weißen Gesellschaft, die ihre Macht bedroht fühlt, und von extremen Forderungen von linken Gruppen/Minderheiten (vgl. die Auswüchse der Cancel Culture) affiziert auch die außenpolitische amerikanische Handlungsfähigkeit. Die Gefahr einer Paralyse

im Inneren<sup>25</sup> und im globalen Handlungsraum angesichts der vielen Krisen im eigenen Land<sup>26</sup> und nicht zuletzt der Klimakrise, die Teile der amerikanischen Gesellschaft und Politik nicht als sehr bedrohlich anerkennen, ist unübersehbar. Dazu kommt das sehr große Leistungsbilanzdefizit der USA, das 2021 mit über 820 Milliarden US-Dollar<sup>27</sup> 3,6 % des Bruttoinlandsproduktes betrug. Als Exportland<sup>28</sup> ist die USA

inzwischen von China überholt worden, das 2021 fast doppelt so viel exportierte, nämlich im Wert von rund 3,36 Billionen US-Dollar gegenüber 1,754 Billionen der USA; im GDP (Bruttoinlandsprodukt) liegt die Wirtschaft der USA noch global an erster Stelle, da sich das GDP in der VR China auf 17,75 Billionen US-Dollar belief gegenüber rund 23 Billionen in den USA. Auch die Ausgaben im Verteidigungsbudget zeigen dies.<sup>29</sup> Insbesondere die Staatsverschuldung der USA ist durch die enormen Aufwendungen freilich auf über 30 Billionen US-Dollar, das sind über 130 % des BNP, gestiegen.<sup>30</sup>

<sup>25</sup> Vgl. seit den Kongresswahlen 2022 die knappe Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus mit etlichen radikalen Abgeordneten, wie z.B. Marjorie Taylor Greene aus Georgia.

<sup>26</sup> Vgl. die ersten Infrastrukturmängel, das problematische Schulsystem, trotz führender Institutionen im tertiären Bereich; die Polarisierung in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes und die sehr hohen Opferzahlen durch Schusswaffen.

<sup>27</sup> Eine neuere Publikation beziffert das Defizit 2021 mit über 845 Milliarden (Quelle: Statista, Anfang 2023: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/982722/umfrage/prognostizierter-leistungsbilanzsaldo-der-wichtigsten-industrie-und-schwellenlaendern/>).

<sup>28</sup> Diese und die folgenden Daten zu den führenden Exportländern nach Angaben der World Bank stammen von offiziellen Websites der EU/Eurostat bzw. hinsichtlich des BIP im Jahr 2021 von Statista. Die Daten wurden am 13.12.2022 abgefragt. Vgl. <https://data.worldbank.org/indicator/TX.VAL>.

MRCH.CD.WT. bzw. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessen-bruttoinlandsprodukt/>.

<sup>29</sup> Gegenüber rund 290 Milliarden US-Dollar, die die VR China dafür 2021 ausgab, hat die USA 800 Milliarden für militärische Ausgaben verwendet (Quelle: Statista, Ende Juli 2022: [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/#:~:text=Im%20Jahr%202021%20lagen%20die,von%20rund%2038%20Prozent%20aus](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/#:~:text=Im%20Jahr%202021%20lagen%20die,von%20rund%2038%20Prozent%20aus).)).

<sup>30</sup> Auch diese Angaben mit einer Prognose über die weitere erwartete Steigerung stammen von Statista (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1975/umfrage/staatsverschuldung/>).

<sup>24</sup> Vgl. die ausführlich kommentierte englische Übersetzung, Hrsg. J. P. Mayer and Max Lerner, übersetzt durch George Lawrence, New York: Harper & Row, 1966, bes. Pt. 2, Ch. 7 f., „The Omnipotence of the Majority in the United States and its Effects“, 227–254.

So steht am Ende dieses komprimierten Überblicks über das amerikanische Verhältnis zum immer wieder von Präsidenten entworfenen Konzept einer neuen Weltordnung ein großes Fragezeichen. Die Ambiguität bleibt also im Vordergrund, wenn man von der amerikanischen Aufgabe einer Weltordnung sprechen will.

### WEITERE LITERATUR

- Paul S. Boyer, Clifford E. Clark Jr. et al., *The Enduring Vision: A History of the American People*, 3. Ausgabe. Lexington, MA: D.C. Heath & Co., 1996.
- Philipp Gassert, „Bilaterale Beziehungen im multilateralistischen Kontext: Die Bundesrepublik im liberalen Imperium der USA“, *VfZ* 68 (2020): 579–594.
- Dani Rodrik & Stephen M. Walt, „Limiting Great Power Rivalry in an Anarchic World“, *Foreign Affairs* 101, 5 (2022): 142–155.

---

schuldung-der-usa/). Vgl. dazu auch die inzwischen ausgebrochene Diskussion über die umstrittene Erhöhung des Schuldenlimits im Repräsentantenhaus.



## WALDEMAR ZACHARASIEWICZ

### Derzeitige Positionen

- Emeritierter Professor für Anglistik mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistik an der Universität Wien seit 2010
- Obmann der Kommission The North Atlantic Triangle: Social and Cultural Exchange between Europe, the USA and Canada 2012–2023

### Arbeitsschwerpunkte

- Transatlantischer Kulturaustausch zwischen Europa und Nordamerika, Imagologie und Reiseliteratur, Literatur des amerikanischen Südens und des anglophonen Kanada

### Werdegang

- |           |  |
|-----------|--|
| Seit 2000 | Wirkliches Mitglied der ÖAW  |
| 1998–2014 | Direktor des Kanadazentrums der Universität Wien   |
| 1979–2015 | Zahlreiche Forschungsaufenthalte (auch als Gastprofessor) an renommierten Universitäten in Nordamerika |
| 1974–2010 | O. Univ.-Prof. für Amerikanistik an der Universität Wien   |
| 1973–1974 | Priv.-Doz. für Englische Philologie an der Universität Graz  |
| 1963–1973 | Studienassistent, dann Hochschulassistent  |
| 1960–1967 | Forschungsaufenthalte in Birmingham und Oxford (GB)  |

### Ausbildung

- |           |  |
|-----------|--|
| 1973      | Habilitation für das Fach Englische Philologie                                       |
| 1967      | Promotion im Fach Englische Philologie   |
| 1960–1967 | Studium der Anglistik und Germanistik an der Universität Graz, mit Lehramtsabschluss |



# AM WEG ZU EINEM SCHWACHEN UND ISOLIERTEN RUSSLAND

## EMIL BRIX

Ein wesentlicher Aspekt, der bereits im vorangehenden Beitrag für die USA angesprochen wurde, scheint mir auch für die folgende Darstellung äußerst relevant: Man kann das Verhalten und die Einschätzung Russlands nicht ohne seine eigene Geschichte verstehen, in keiner Weise. Das beste Beispiel dafür ist der derzeitige Präsident Wladimir Putin, der seine gesamte außenpolitische, aber auch innenpolitische Entwicklung dadurch gekennzeichnet sieht, dass er in einer historischen Kontinuität steht. Je stärker die Krise in Russland wurde, vor allem nach Beginn des Invasionskrieges, umso stärker zitiert Putin auch in der Öffentlichkeit ge-

nau jene Figuren, um die es ihm geht, wenn er sich um die Position Russlands Sorgen macht. Er beruft sich dabei überwiegend auf Vorbilder aus der zaristischen Zeit: Peter den Großen, Katharina die Große und Alexander I. Bei allen könnte man nun erklären, warum sie für Putin eine Rolle spielen. Der wesentliche Punkt ist, dass sie eigentlich alle Figuren der russischen Geschichte waren, die die Auseinandersetzung mit Europa – in positiver oder negativer Weise – als das zentrale Element der russischen Politik und der russischen Macht gesehen haben. Das ist vermutlich ein wesentlicher Unterschied zu vergangenen Vorbildern,



*Emil Brix ist Historiker, Anglist und steht seit 1982 im diplomatischen Dienst der Republik Österreich. 2010-2017 war er als Botschafter Österreichs zunächst im Vereinigten Königreich und anschließend in der Russischen Föderation tätig. Seit 2017 ist er Direktor der Diplomatischen Akademie Wien. Er verfasste zahlreiche Publikationen zu österreichischer und mitteleuropäischer Geschichte.*

die die inneren Auseinandersetzungen zur Stabilisierung des russländischen Reiches zur Aufgabe hatten.

## DIE SUCHE NACH IDENTITÄT

Es ist sehr interessant, dass Putin in seiner Erklärung für den Krieg, den er am 24. Februar 2022 ausgerufen hat, Peter den Großen, Katharina die Große und Alexander I. nicht erwähnt. Sondern er erwähnt schlicht die Tatsache, dass es aus seiner Sicht nur eine gemeinsame russische Identität geben könne und diese umfasse die Großruss:innen, die Kleineruss:innen und die Weißruss:innen.

Wenn man sich ansieht, was Putin mit diesem Krieg, den er ausgerufen hat, eigentlich bezweckt, so sind es im Wesentlichen zwei Dinge, die gar nicht viel mit Wirtschaft zu tun haben. Das eine ist, tatsächlich durchzusetzen, dass es eine gemeinsame russische Identität gibt und dass Abweichungen davon allenfalls geduldet werden, wenn sie politisch, so wie in Weißrussland, kontrollierbar bleiben, aber nicht, wenn sie wie in der Ukraine dazu führen könnten, dass bei dieser Auseinandersetzung zwischen Russland und Europa bzw. dem Westen, ich würde es einmal so

formulieren, Grenzen verschoben werden und Russland den Einfluss verliert. Mit dieser Forderung ist Putin offenbar in diesem Krieg gescheitert, weil, ganz im Gegenteil, die Konsequenz ist – und das ist deutlich absehbar –, dass ein ukrainisches Nationalgefühl heute weit stärker vorhanden ist, als es vor Beginn dieses Krieges der Fall war. Und natürlich weiß auch der Kreml, dass er hier gescheitert ist.

## DER GEOPOLITISCHE PLATZ RUSSLANDS

Das zweite, was Putin mit diesem Krieg bezweckt, ist ganz sicherlich, in dieser noch nicht klaren neuen Weltordnung Russland einen geopolitischen Platz zuzuweisen, den es in den letzten Jahren seit Ende der Sowjetunion nicht mehr inne hatte: durch Verschiebung von Grenzen, durch die Drohung mit dem möglichen Einsatz atomarer Waffen, aber auch durch die Tatsache, dass man über die Macht der Rohstoffe, über die Russland verfügt, Einfluss nehmen kann auf politisches Verhalten auch von anderen großen Akteur:innen, konkret die USA, China und die Europäische Union. Aber auch da-

mit scheint er zu scheitern, weil tatsächlich die geopolitische mögliche Zukunft Russlands in keinem Fall nach diesem Krieg stärker sein wird als davor. Weil ich das als These für wichtig halte, lautet der Titel meines Beitrags auch „Am Weg zu einem schwachen und isolierten Russland“. Das schwache Russland besteht darin, dass ganz sicherlich die Wirtschaftsleistung der Russischen Föderation nach diesem Krieg weit geringer sein wird als davor. Wenn wir wissen, dass schon vor diesem Krieg das BIP Russlands ungefähr in der Größenordnung von Spanien lag, dann lässt sich abschätzen, dass, wenn es hier einen weiteren Rückgang gibt – und dieser ist schon jetzt deutlich spürbar –, Russland mit Sicherheit wirtschaftlich deutlich schwächer sein wird, als es jetzt der Fall ist. Der beste Thinktank, der sich mit dieser Entwicklung befasst, befindet sich in Helsinki – die Forschungsabteilung der Finnischen Nationalbank. Dort kann man die Entwicklung der russischen Wirtschaft nachverfolgen – und zwar ist diese seit Ausbruch dieses Krieges in Zahlen rückläufig. Man erwartet zwar vielleicht wieder 1 % Zunahme für 2025, aber so weit in die Zukunft spekulieren würde ich persönlich in keinem Fall. Das be-

deutet, es ist selbstverständlich, dass Russland nach diesem Krieg schlechter dastehen wird als jetzt.

Ich habe auch „isolierter“ gesagt, weil dies sehr deutlich ist, wenn man bedenkt, dass schon jetzt die ersten Konsequenzen dieses Krieges waren, dass zwei Staaten, die bisher zumindest nach außen hin neutral waren, Schweden und Finnland, einen Beitrittsantrag an die NATO stellten, und dass die Tatsache, dass die NATO jetzt als der einzige Stabilitätsfaktor für Europa gilt, ganz eindeutig mit diesem Angriffskrieg von Putin zu tun hat.

Es geht nicht so weit, das möchte ich hier auch gleich anmerken, dass wir in Österreich eine angemessene Diskussion über unsere sicherheitspolitischen Möglichkeiten führen. Dazu ist das emotionale Produkt Neutralität noch zu stark in der österreichischen Bevölkerung verankert. Ich gehöre selber zu jenen, die versuchen, die Diskussion anzustoßen, ohne mich persönlich entschieden zu haben, ob an deren Ende eine NATO-Mitgliedschaft stehen sollte oder nicht. Aber die Diskussion, die durch diesen Krieg ausgelöst wurde, halte ich für wichtig.

## PIVOT TO ASIA

Ich habe relativ lange in Russland gelebt und alle Analyst:innen sagten mir, dass es den sogenannten *Pivot to Asia* gebe: Russland werde, wenn Europa nicht bereit sei, Integrationsmöglichkeiten mit Russland wahrzunehmen, seinen Blick nach Asien richten. China wäre dabei selbstverständlich der Lieblingspartner, obwohl Analytiker:innen auch sprichwörtlich meinten: „Der Schwanz kann nicht mit dem Hund wedeln“. So sieht man auch in Russland das Verhältnis zwischen Russland und China. Das dürfte wohl in den meisten Dingen berechtigt sein. Man muss dabei auch erwähnen, dass diese Aussagen sehr gut in Sonntagsreden passen, aber wenn man sich die Daten ansieht, dann ist die Umlenkung der Wirtschaftsströme nach China, vor allem in Hinblick auf Rohstoffe, nicht so einfach. Es ist außerdem nicht ausreichend, die Hoffnung zu haben, dass man durch den Klimawandel relativ bald die Arktis nutzen kann, da nicht eindeutig zu sagen ist, welche Auswirkungen mit dem Klimawandel verbunden sind.

## DIE SICHERHEITSARCHITEKTUR DER KÜNFTIGEN WELTORDNUNG

Meine drei Punkte sind folgende: Erstens, in der Sicherheitsarchitektur dieser künftigen Weltordnung wird Russland nur mehr als Tankstelle mit Atommöglichkeiten gesehen und nicht mehr als ein ernstzunehmender Akteur. Russland selbst kennt diese Konsequenzen inzwischen ebenfalls. Aber es gibt derzeit aus dieser Kriegssituation eher keinen Ausweg. An mich und an andere Diplomaten wird immer wieder die Frage gestellt, ob man Putin nicht einen Ausweg aus dieser Kriegssituation anbieten müsse. Meine Antwort dazu lautet: Hier gibt es kein diplomatisches Angebot, das man machen kann. Das ist eine politische Entscheidung, die von einem Präsidenten in einem autokratischen System gewählt wurde, die nur dann beendet werden wird, wenn er nicht mehr die Chance sieht, in irgendeiner Weise erfolgreich zu sein. Wie das in einem Staat wie Russland aussehen kann und welche Auswirkungen das haben kann, das zeigt ein Blick in die revolutionäre Vergangenheit Russlands. Wie schnell das gehen kann, weiß man auch im Kreml.

In der Sicherheitsarchitektur, selbst in der europäischen, findet man kaum mehr Vertreter:innen, die sagen, wir müssten nach diesem Krieg gemeinsam mit Russland eine europäische Sicherheitsarchitektur wiederaufbauen: OSZE neu, KSZE neu, Helsinki neu. Es gibt zwar Überlegungen in diese Richtung, das muss auch sein, aber meistens werden sie bereits ohne Russland angestellt. Selbst in Verbindung mit Alternativen ist man der Ansicht, dass man auf absehbare Zeit eine europäische Sicherheitsarchitektur mit Russland nicht mehr zustande bringen wird. Das ist eine radikale Wende. Daher halte ich das Wort der Zeitenwende, wenn es auch sehr früh vom deutschen Bundeskanzler ausgesprochen wurde, ohne vermutlich schon zu wissen, was er damit wirklich gemeint hat, für richtig. Ich konnte mir als österreichischer Diplomat vor wenigen Jahren noch nicht vorstellen, dass ich dafür plädieren werde, die künftige europäische Sicherheitsarchitektur ohne Russland, ich sage nicht: gegen Russland, aber ohne Russland, einzurichten. Natürlich muss Russland bei diesen Fragen mitberücksichtigt werden. Natürlich werden wir die wirtschaftlichen Verbindungen nicht völlig einstellen können. Natürlich werden wir

auch in Zukunft Gas aus Russland beziehen, auch in Österreich. Das muss man ansprechen, auch wenn es in der Kriegssituation sonst nicht so öffentlich gesagt wird.

### **DIE WIRTSCHAFTSWAFFE ROHSTOFFE**

Damit möchte ich noch kurz auf den Rohstoffbereich eingehen. Warum ist auch in diesem Bereich meine Vermutung, oder eigentlich sogar die Analyse, dass Russland nach diesem Krieg schwächer sein wird als davor? Das Evidente, was auch in Zeitungen zu lesen ist, lautet: Wir bemühen uns jetzt, unsere Abhängigkeit von Gas, Öl, anderen Rohstoffen und seltenen Mineralen von Russland zu reduzieren, und das scheint uns in vielen Bereichen auch rascher als erwartet zu gelingen. Die Zahlen liegen alle vor, ob wir sie glauben oder nicht, aber es ist auch bei uns eine Halbierung der Abhängigkeit von Gas aus Russland zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Das heißt, die Wirtschaftswaffe Rohstoff wird in Russland in Zukunft schwerer einsetzbar sein und eine geringere Rolle als heute spielen – trotz der Tatsache, dass die Reserven, die Russland be-

sitzt, in unglaublicher Weise einen Einfluss auf die neue Weltordnung haben könnten. Aber eines ist in der russischen Überlegung aus meiner Sicht etwas zu kurz gekommen: Die Kraft von Rohstoffpolitik in der Weltordnung besteht zunehmend nicht mehr darin, wo die Lager liegen, sondern darin, wer darüber verfügt und wer die nötigen Transportwege und die Infrastruktur dafür besitzt. In diesen Bereichen ist Russland sehr anfällig: Richtung China gibt es eine große Pipeline – und auch hier könnte einmal etwas passieren. Wenn es bei Nord Stream 1 und 2 Vorfälle gibt, können diese auch bei der Pipeline Richtung China auftreten. Wir wissen alle nicht, welche Dienste hier tätig sein werden. Das heißt, die Infrastruktur und die Transportwege sind der entscheidende Faktor in der künftigen Weltordnung, wenn es um den Rang und Nachdruck der jeweiligen Akteur:innen geht. Es erscheint mir sehr interessant, dass plötzlich wieder Wasser, Meer und Schiffe eine Rolle spielen, wenn verhandelt wird, wer wem wirtschaftlich etwas zur Verfügung stellen kann – seien es Getreideexporte oder seien es Öl- und Gasimporte.

## DIE BEDEUTUNG DER ARKTIS

Ich komme nun zum letzten Punkt, der meiner Meinung nach zu wenig beachtet wird, wenn es um die russische Situation geht – die Arktis. Aus österreichischer Sicht ist sie vielleicht etwas weit weg, aber ich möchte eine Episode erzählen, in der ich selbst erlebt habe, wie sich ihre Bedeutung verändert: Ich habe als österreichischer Botschafter in Moskau an Vertreter:innen des russischen Verteidigungsministeriums das Ansinnen gestellt, auf Franz-Josef-Land fliegen zu dürfen, um einige Gräber von österreichischen Seeleuten, die bei Expeditionen dort ums Leben gekommen waren, zu besuchen und um auch einen Eindruck vor Ort zu bekommen und als österreichischer Botschafter sagen zu können: Ich finde das großartig, dass die Sowjetunion und das neue Russland Franz-Josef-Land immer noch Franz-Josef-Land nennen. Das Verteidigungsministerium hat zugestimmt, allerdings wurde die Anfrage an den Kreml weitergeleitet. Das war 2017, und die Antwort aus dem Kreml lautete, das sei leider nicht mehr möglich, das Franz-Josef-Land sei wieder in militärisches Sperrgebiet umgewandelt worden. Inzwischen wur-

den sogar große Teile dieser Inseln in der Arktis zu russischem militärischem Sperrgebiet gemacht. Auf dem Franz-Josef-Land wurde eine lange Landebahn für militärische Zwecke errichtet. Auch in anderen Teilen der Arktis erfolgt eine Militarisierung, die – unter anderem aufgrund der geopolitisch veränderten Lage – enorm voranschreitet. Parallel dazu, und oft im Widerspruch, steht die neue wirtschaftliche Bedeutung, da der Klimawandel neue Möglichkeiten der Erschließung und von Transportwegen bringt – allerdings in einer Situation, in der Russland plötzlich im Wettstreit vor allem mit den USA steht. China hat natürlich ebenfalls Interessen daran, und Russland offeriert China immer wieder, gerade auf dieser Route Investitionen zu tätigen. China ist jedoch ein geopolitischer Akteur geworden. Meine Voraussage ist, dass Russland hier nicht erfolgreich sein können wird, sondern hier nehme ich an, dass andere Player ihre Interessen durchsetzen werden. Sowohl was die Erschließung, die Infrastruktur als auch den geopolitischen und militärischen Einfluss betrifft, wird Russland trotz der Militarisierung der Arktis nicht erfolgreich sein. Es gibt – vor allem US-amerikanische – Analysen, die besagen, dass

als zentrale Priorität unserer militärisch-strategischen Zukunft die Arktis in den Blick genommen werden müsse. Man hört es zwar selten, aber es scheint möglich, dass sich die USA hier auf eine Konfrontation vorbereiten, weil es nicht nur um die Erschließung von Dingen, sondern auch um Infrastrukturrouten geht.

Es gibt einen Arktischen Rat, in dem Russland sehr intensiv mitgearbeitet hat, im Moment jedoch suspendiert ist. Dieses Arctic Council weiß, wie alle internationalen Organisationen, nicht genau, wie mit Russland umgegangen werden soll. Russland wird aber in jedem Fall nach wie vor isoliert. Nur in jenen Bereichen, in welchen es um Forschungen zur Klimaerwärmung geht, ist Russland aufgrund der enormen geografischen Masse in Sibirien, wo wichtige Daten erhoben werden, unverzichtbar. Russland versucht gegenzusteuern, wenn es um die infrastrukturelle Erschließung geht, und hat erst 2022 das erste Gasfeld außerhalb der eigenen Landmasse mit einem eigenen Transportweg erschlossen – ob das erfolgreich sein wird, wird man sehen.

Abschließend möchte ich festhalten: Trotz der Bedeutung von Rohstoffen und trotz der Zugänglichkeit zu einem derart großen Raum wie

der Arktis sehe ich Russland in der Zukunft als einen isolierten und schwachen Partner. Das heißt nicht – und das ist die einzige politische Aussage, die ich tätigen möchte –, dass Russland für die europäische Sicherheit weniger gefährlich ist. Es heißt jedoch sehr wohl, dass es auch für Europa und europäische Staaten sehr schwierig werden wird, eine eigenständige Rolle einzunehmen, die die Gesamtsituation im globalen Wettbewerb zwischen den USA und China im Auge behält. Vielmehr scheint die Konfrontation zwischen einer russischen Welt, die eigentlich keine russische Welt ist, sondern sich nur mehr so nennt, und dem, was wir den Westen nennen, fast unvermeidbar zu sein.

## EMIL BRIX

### Derzeitige Position

- Direktor der Diplomatischen Akademie Wien (seit 2017)

### Arbeitsschwerpunkte

- Internationale Beziehungen und Diplomatie
- Österreichische Europa- und Außenpolitik
- Österreichische und mitteleuropäische Geschichte im 19., 20. und 21. Jahrhundert

### Werdegang

Seit 2009	Präsidiumsmitglied der Österreichischen Forschungsgemeinschaft
2015–2017	Botschafter der Republik Österreich in der Russischen Föderation
2010–2015	Botschafter der Republik Österreich im Vereinigten Königreich
2002–2010	Leiter der Kulturpolitischen Sektion des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten
1990–1995	Generalkonsul am Österreichischen Generalkonsulat Krakau
1987–1989	Leiter des Büros des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung
1984–1986	Bundesgeschäftsführer im Management Club des Österreichischen Wirtschaftsbundes

### Ausbildung

1980–1982	Post-Graduate-Studium an der Diplomatischen Akademie Wien
1979	Promotion im Fach Geschichte zum Dr. phil.
1975–1981	Studium der Geschichte sowie Lehramtsstudium Anglistik und Geschichte an der Universität Wien



# MIT DEN USA DIE WELT TEILEN: CHINAS BLICK AUF EINE ZUKÜNFTIGE WELTORDNUNG

**SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK**

Ich möchte für diesen Einblick in meine Forschung zu China eine Perspektive einnehmen, die vielleicht etwas ungewöhnlich erscheinen mag. Betrachtet man die Darstellung Chinas im 20. Jahrhundert, liegt der Fokus oft auf innenpolitischen Entwicklungen. Und in dieser Hinsicht hat sich sehr viel getan: Revolutionen und Reformen haben das Land mehrfach durchgeschüttelt. Ich möchte jedoch vor allem erläutern, wie China sich in der wandelnden Weltordnung seit Beginn des 20. Jahrhunderts positionierte und welche Konsequenzen

das Land daraus für die heutige Situation zieht.

## **CHINA AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN ZENTRUMSPOSITION**

Ausgangspunkt dafür ist die Mitte des 19. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit hatte China seine Selbstverständlichkeit verloren. Durch die Niederlage im Ersten Opiumkrieg von 1838 bis 1842 war den chinesischen Eliten der damaligen Zeit klar geworden, dass



*Susanne Weigel-Schwiedrzik studierte Sinologie, Japanologie und Politikwissenschaften. Sie ist emeritierte Professorin für Sinologie an der Universität Wien. Der Fokus ihrer Forschung liegt in der chinesischen und ostasiatischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Beziehungen. 2012 wurde sie zum korrespondierenden Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt.*

ihr Anspruch, das Zentrum der Welt zu sein, nicht mehr mit der Realität in Einklang zu bringen war. Und ich denke, dass alles, was wir heute an politischen Entscheidungen und Aktivitäten der Volksrepublik China beobachten, letztendlich als das Ergebnis eines über 150-jährigen Bemühens um Wiedererlangen dieser zentralen Position in der Welt zu verstehen ist.

Es ist gemeinhin wenig bekannt, dass China zum Beispiel am Ersten Weltkrieg erheblich beteiligt war; China war auch bei der Konferenz von Versailles anwesend; China war im Zweiten Weltkrieg erheblich beteiligt. China hat zudem erstmals das Ziel erreicht, als Weltmacht anerkannt zu werden, als im Jahr 1943, während der Konferenz von Kairo, Roosevelt seinen Einfluss geltend machte, um China zu einem der vier sogenannten Polizisten zu ernennen, die nach der – damals noch antizipierten – Niederlage Deutschlands und Japans die Kontrolle über die neue Weltordnung übernehmen sollten. Das ist eine sehr interessante Entwicklung, die häufig übersehen wird und an der wir zwei Dinge sehr deutlich erkennen können: China fiel durch den Zusammenbruch der dynastischen Ordnung im Jahre 1911 fast auseinander

und verlor damit nicht mehr nur jene zentrale Position in der Welt, die die chinesischen Eliten immer für selbstverständlich angenommen hatten, sondern es ging auch ökonomisch, politisch und militärisch durch eine Phase extremer Schwäche. In dieser Situation haben die Eliten in China verstanden, dass es entscheidend sei, sich mit zwei aufstrebenden Weltmächten zu verbünden, um sich der japanischen Gefahr zu erwehren und um den Kolonialismus des 19. Jahrhunderts in der Form des British Empire – und natürlich auch des französischen Weltreiches – loszuwerden. Alle politischen Kräfte in China, die in der sogenannten Republikphase von 1911 bis 1949 politisch aktiv waren, versuchten auf unterschiedliche Art und Weise, mit den USA und der Sowjetunion zusammenzuarbeiten – und zwar als Junior Partner, um der Bedrohung durch Japan standhalten zu können und um deren Anerkennung als Weltmacht wiedererlangen zu können. Das war die wesentliche Strategie Chinas; daher beteiligte man sich am Ersten Weltkrieg und suchte im Zweiten Weltkrieg die Zusammenarbeit sowohl mit der Sowjetunion als auch mit den USA. Im Rahmen des Bürgerkrieges in den späten 1940er-Jahren kam es in China

zu einer Frühaufgabe des Kalten Krieges, in dem sich die Kuomintang-Partei unter Chiang Kai-shek für eine proamerikanische Politik entschied und die Kommunistische Partei Chinas unter Mao Zedong für eine prosovjetsche. So waren in China zwei Alternativen der internationalen Zusammenarbeit auf zwei unterschiedliche politische Kräfte verteilt. Interessant ist natürlich in diesem Zusammenhang, dass, wenn ich das in aller Offenheit sagen darf, die USA ihre Verbündeten in China fallen ließen. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Kommunistische Partei Chinas im Jahr 1949 die Macht über Festlandchina übernehmen konnte und dass die Kommunistische Partei für einen Augenblick mit dem Gedanken spielte, sich mit den USA gegen die Sowjetunion zu verbünden, sich aber letztlich dafür entschied, einen Pakt mit letzterer einzugehen und – dem gemeinsamen Interesse im Kalten Krieg folgend – die USA aus Ostasien zu vertreiben. Denn die Sowjetunion hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Einfluss in Ostasien wesentlich weniger ausbreiten können als in Europa. Der Sieg der Revolution in China ist ihr in gewisser Weise in den Schoß gefallen.

## CHINA ALS JUNIOR PARTNER DER SUPERMÄCHTE

Mit diesem neuen, etwas wackligen Bündnis zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion entsteht ein Verhältnis, in dem China als Junior Partner für die Sowjetunion sehr wichtig ist – besonders in jener Phase, als die Sowjetunion noch über keine Atombombe verfügte und sie durch das Bündnis mit China ein eventuelles, kriegerisches Auftreten der US-Amerikaner unmöglich machen wollte. Solange dieser Zusammenhalt derart gepolt war, funktionierte er auch einigermaßen. Als allerdings mit Nikita Chruschtschow in der Sowjetunion jemand an die Macht kam, der über keine große Autorität in der internationalen kommunistischen Weltbewegung verfügte, sah Mao Zedong die Zeit gekommen, diesem die Führungsposition über die kommunistische Welt zu entreißen. Anfang der 1960er-Jahre zerfiel das Bündnis. China hoffte eine Zeit lang, seine Anerkennung als Weltmacht gewinnen zu können, indem es sich als Führer der Weltrevolution der aus der Dekolonialisierung entstandenen Nationalstaaten profiliert. Doch die Weltrevolution fand zur großen Trauer Mao Zedongs nicht

statt. Vielmehr entwickelte sich etwas völlig anderes: die Wiederannäherung zwischen China und den USA ab 1971 und, wie Henry Kissinger heute offen ausspricht, ein Bündnis zwischen China und den USA gegen die Sowjetunion.

Wenn wir heute darüber sprechen, dass eine Ära beginnen könnte, in der Russland und China eine enge Kooperation eingehen, ist zu bedenken, dass man in Russland weiß, dass die Sowjetunion ohne China sehr wahrscheinlich nie auseinandergefallen wäre und es ohne China sehr wahrscheinlich nicht zum Ende des Kalten Krieges gekommen wäre.

China nahm also mit der Wiederannäherung an die USA in der Weltordnung der 1970er- und 1980er-Jahre eine eindeutige Positionierung als Junior Partner der USA ein. Die Eliten in China erkannten, dass sich durch diese Zusammenarbeit mit den USA auch die Zusammenarbeit mit Europa als neue Chance für eine ökonomische Entwicklung der Volksrepublik China eröffnen würde. Daher heißt es heute oft, China habe von der Globalisierung, an deren Anfang die Wiederannäherung zwischen China und den USA stand, am allermeisten profitiert.

## CHINA WIEDER IM ZENTRUM DES WELTGESCHEHENS

Ab 2008 merkte die chinesische Führung, dass die Welt China braucht. Sie merkte auch, dass der seit mehr als 150 Jahren gehegte Wunsch der Anerkennung Chinas als Weltmacht – und dabei nicht als irgendeine Weltmacht, sondern vielleicht als eine von zweien – in die Nähe der Realisierung gerückt war. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat diese Pläne Chinas vorerst unterbrochen. Wir brauchen uns also nicht zu wundern, dass China in der Frage des Krieges gegen die Ukraine weder eine eindeutige Position zugunsten Russlands noch zugunsten der USA einnimmt. Denn die Volksrepublik China stand kurz vor dem Ziel, und es war auf dem 19. Parteitag im Jahre 2017, als Xi Jinping in aller Klarheit sagte, dass es nur einen letzten Schritt brauche, bevor China wieder im Zentrum der Weltbühne angelangt sei. Dieser letzte Schritt sei zwar der gefährlichste und schwierigste, aber China wäre sehr kurz davor. Wladimir Putin wird sich das vermutlich angehört und nicht für gut befunden haben. Denn China hat ganz klar eine neue Weltordnung im Sinn, in der Russland nicht vor-

kommt, bzw. in der Russland höchstensfalls als Junior Partner Chinas vorkommt. Wladimir Putin gefiel das vermutlich nicht. Ich behaupte, dass seine übermäßige, und wie ich meine, nicht zugunsten Russlands erfolgte Entscheidung eines militärischen Eingreifens in der Ukraine auch davon geprägt war, dass er Russlands Position in der zukünftigen Weltordnung durch das einzige Mittel, das ihm zur Verfügung stand, nämlich ein militärisches Vorgehen, unterstreichen wollte.

Doch wie sieht Xi Jinping die Weltordnung, die er erschaffen möchte? Wenn er mit Vertreter:innen Russlands spricht, benutzt er oft das Wort Multipolarität, übrigens ein Wort, das auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich, wahrscheinlich unwissend über seinen Ursprung, benutzte. Es handelt sich in jedem Fall um ein Wort, das von Russland im Zusammenhang mit der neuen Weltordnung gerne benutzt wird, von China jedoch schon lange nicht mehr verwendet wurde. Aber Xi Jinping spielt das Spiel der Ambiguität. Mit Wladimir Putin redet er über Multipolarität, mit Joe Biden darüber, dass China und die USA die beiden größten Ökonomien der Welt repräsentieren und es deshalb nur

sinnvoll und richtig sei, wenn man sich die Welt im Einvernehmen untereinander aufteile.

Nun sind die USA an diesem Einvernehmen nur verbal interessiert. Dies wird deutlich, wenn man sich genau anhört, wie Joe Biden in solchen Gesprächen mit Xi Jinping ausweichend erwidert, dass man sich das überlegen könne, aber die USA – trotz der großen Konkurrenz – auf keinen Fall einen militärischen Konflikt wollen. Xi Jinping versucht dabei, die Wogen zu glätten. Aber natürlich ist beiden Parteien klar, dass sie in harter Konkurrenz zueinander stehen. Im Zentrum dieser Konkurrenz steht Taiwan, das von beiden Seiten benutzt wird, um herauszufinden, wo die Grenze liegt und wie viel man der anderen Seite zumuten kann, bevor es zu einem militärischen Konflikt kommt.

China kann sich von Russland nicht abwenden, weil China Russland braucht, um die USA von einem militärischen Eingreifen in Taiwan abzuhalten. Die Tatsache, dass Russland im Zuge des Krieges in der Ukraine immer schwächer wird, wie es im vorhergehenden Beitrag angesprochen wurde, wird China nicht gefallen, weshalb es dort immer wieder heißt, der Krieg müsse so schnell wie möglich beendet werden. Vermut-

lich werden wir am Ende feststellen, dass Europa zum nächsten wichtigen Auseinandersetzungspunkt zwischen China und den USA werden wird. Denn China braucht Europa, um sich gegen die USA aufzustellen, und die USA brauchen Europa, um sich gegen China aufzustellen.

## SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

### Derzeitige Positionen

- Emeritierte Professorin für Sinologie an der Universität Wien
- Programmdirektorin China am Center for Strategic Analysis, Wien

### Arbeitsschwerpunkte

- Geschichte und Politik Chinas im 20. und 21. Jahrhundert, Geschichte Ostasiens, insbesondere der internationalen Beziehungen, im 19. und 20. Jahrhundert

### Werdegang

- |           |   |
|-----------|---|
| Seit 2012 | Korrespondierendes Mitglied im Inland der ÖAW                             |
| 2011–2015 | Vizerektorin für Forschung und Nachwuchsförderung an der Universität Wien |
| 2002–2020 | Univ.-Prof. für Sinologie an der Universität Wien                         |
| 1999–2001 | Prorektorin für Internationale Beziehungen an der Universität Heidelberg  |
| 1989–2002 | Professorin für Moderne Sinologie an der Universität Heidelberg           |

### Ausbildung

- |           |   |
|-----------|---|
| 1989      | Habilitation für das Fach Sinologie unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Chinas an der Universität Bochum |
| 1982      | Promotion zum Dr. phil im Fach Geschichte Chinas an der Universität Bochum  |
| 1973–1978 | Studium der Sinologie, Japanologie und Politische Wissenschaft an den Universitäten Bonn, Peking und Bochum           |



## DISKUSSION

## CHRISTIANE WENDEHORST

Herzlichen Dank an die Vortragenden für ihre Expertise und ihre differenzierten Perspektiven und Einschätzungen zu diesem vielschichtigen Thema! Gerade das Schlusswort des letzten Beitrags scheint mir auch auf die spannende Frage bezüglich der Rolle Europas in diesem Zusammenspiel zu verweisen.

Es gibt bestimmt auch aus dem Publikum viele Fragen – gerne möchte ich daher an dieser Stelle die Diskussion eröffnen.

## RAINER BAUBÖCK

Erst einmal vielen Dank für diese ausgezeichneten, kurzen und prägnanten Vorträge und an die Klassenpräsidentin für diese Initiative. Üblicherweise wird in den Sitzungen ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten, aber heute diskutiert hier ein Trio ein aktuelles und brennendes Thema. Mich interessiert dabei die Diagnose der Vortragenden für die Zukunft sowie für die drohende Klimakatastrophe. Wenn wir von Weltordnung reden, dann geht es ja im Grunde ge-

nommen nicht nur um die Ambitionen und nationalen Traditionen der Großmächte, sondern auch um folgende Frage: Gibt es überhaupt noch so etwas wie eine Ordnung im internationalen Staatensystem, die auch im Stande ist, globale Aufgaben und Herausforderungen zu adressieren?

Man kann vielleicht sagen, dass nach 1945 die zentrale Aufgabe darin bestand, Frieden in der Konfrontation der Blöcke im Kalten Krieg zu sichern, und nach 1990 lag möglicherweise die wichtigste Aufgabe darin, Entwicklung im Globalen Süden durch Globalisierung zu ermöglichen. In der Zukunft, so meine Vermutung, wird es die entscheidende Aufgabe sein, die Klimakatastrophe abzuwenden, abzumildern oder Anpassungen an sie zu ermöglichen. Der Unterschied zu den beiden früheren Epochen seit dem Zweiten Weltkrieg läge dann darin, dass es jetzt um ein Ziel geht, das ganz andere Strukturen erfordert. Frieden erreicht man durch zwischenstaatliche Abkommen, Globalisierung erreicht man durch Deregulierung von Märkten und Entfesselung des Kapitalismus. Aber die Klimakatastrophe kann nur durch ein kollektives Handeln in der Staatengemeinschaft abgewendet werden. Wobei die Frage

bleibt, welche der drei Großmächte, oder der zwei Großmächte USA und China und der ehemaligen Großmacht Russland, überhaupt Pläne haben, dieses Problem, das *collective action* erfordert und mit dem sich die Menschheit insgesamt konfrontiert sieht, zu lösen.

In diesem Zusammenhang gibt es eine treffende Beobachtung: Wenn es so etwas gäbe wie ein isoliertes amerikanisches, russisches und chinesisches Klima, dann wäre die Frage wahrscheinlich schon längst gelöst, weil alle notwendigen Ressourcen dafür investiert würden. Da es aber nur *ein* Weltklima gibt, zu dem alle Staaten als Trittbrettfahrer beitragen, ist eine Lösung im Rahmen der bestehenden Weltordnung enorm schwierig. Dann stellt sich die Frage, welche Transformationen der Weltordnung uns aus dieser Zwickmühle noch heraushelfen könnten.

## EMIL BRIX

Ich kann gerne einen Teil der Frage beantworten: Es ist völlig richtig, wir haben das Problem, dass es keine nationalstaatlichen Antworten geben wird und daher wenig geschieht, weil die nationalstaatlichen

Lösungen nicht ausreichen. Dabei denkt aber keiner der Akteur:innen über den nationalstaatlichen Rahmen wirklich konzeptionell hinaus. Ich glaube, auch China und die USA nicht. Der einzige Akteur, der geopolitisch eigentlich kein Akteur ist, ist Europa, und dabei hier am ehesten noch die Europäische Union, weil sie selbst über supranationale Strukturen verfügt, die auf eine Zusammenarbeit hinarbeiten, während dies bei China, den USA – und auch bei Russland – keine Rolle spielt. Ich habe den Eindruck, dass wir derzeit nicht die nötige Struktur haben, um wirklich seriös mehr zu tun, als bei jeder dieser COP-Konferenzen neue Versprechungen zu machen. Die letzte COP-Konferenz wurde allgemein als gescheitert angesehen; ob die nächste in Abu Dhabi erfolgreicher sein wird, das weiß niemand. Wobei Herr Bauböck völlig recht hat damit, dass es ein strukturelles Problem gibt: Wir handeln mit nationalstaatlichen Akteur:innen, die andere Interessensüberlegungen haben, auch anderen Strukturen folgen, haben aber dieses globale Problem, von dem wir nicht sagen können, ebenso wie bei der Globalisierung, dass es der Kapitalismus schon richten werde. Hier müssten wir tatsächlich umden-

ken, ohne dass wir wissen, wie wir die Motivation bei den noch immer bestehenden Akteuri:nnen wirklich anregen können. Auch ist die Tatsache, dass wir globale Einrichtungen haben, multilaterale Einrichtungen, hier keine große Hilfe, weil diese in diesem Zusammenhang in Wirklichkeit immer schwächer werden. Die Krise des Multilateralismus ist kein gutes Zeichen dafür, dass wir die Klimakrise lösen wollen.

#### CHRISTIANE WENDEHORST

Hier zeichnet sich also noch eine wichtige Rolle ab, die Europa einnehmen wird.

#### WALDEMAR ZACHARASIEWICZ

Vielleicht darf ich sagen – ich habe es auch kurz in meinem komprimierten Vortrag erwähnt –, dass es in den USA eine Spaltung in der Gesellschaft und eine Negierung der Klimakrise durch Teile der Republikanischen Partei, auch aufgrund einer Skepsis gegenüber der Wissenschaft, gibt. Gerade erst gestern wurde in der BBC darüber berichtet, dass bezüglich der Bekämpfung der Pandemie nun

auch politische Kräfte der Republikaner:innen eine merkwürdige, wissenschaftsfeindliche Position beziehen. Ich kann mir vorstellen, dass bei notwendigen Maßnahmen der Druck aus der Dritten Welt eine Rolle spielen wird. Dies wird deutlich, wenn man an die Verheerungen in Pakistan denkt und an die Folgen der Klimakrise für die afrikanischen Staaten. In diese investiert China, baut zu ihnen eine Vielzahl von Beziehungen auf und wirkt auf sie mit *soft power*. Es ist klar, dass hier durch die Folgen der Krise ein gewisser Druck entsteht, wodurch auch die politischen Akteur:innen zum Handeln gebracht werden. Joe Biden allein kann mit seiner fehlenden Mehrheit im Repräsentantenhaus natürlich große finanzielle Kosten nur schwer bewältigen. Außerdem stellt auch die hohe Verschuldungsrate, auf die ich in meinem Beitrag angespielt habe, mit über 130 % ein Problem dar, da sie den USA in ihrer Handlungsfähigkeit Grenzen auferlegt – abgesehen von den Senator:innen, die in einzelnen Bundestaaten mutmaßlich aus Egoismus, ich darf es überspitzt formulieren, ebenfalls bremsen, sogar innerhalb der Demokratischen Partei. Ich würde meinen, dass der Schmerz und die Konsequenzen für



die Menschen in der Dritten Welt, was auch über unterschiedliche Medien kommuniziert wird, einen gewissen Effekt haben werden – und das ist auch zu hoffen.

### CHRISTIANE WENDEHORST

Wird der Druck auf China ausreichen?

### SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

In China ist man im Augenblick nicht so sehr an dieser Frage interessiert. Aber ich denke, dass man erahnen kann, in welche Richtung die Überlegungen gehen. Die internationalen Beziehungen nach Vorstellung der chinesischen Elite sind niemals gleichberechtigte Beziehungen, sondern sie sind grundsätzlich hierarchische Beziehungen. Wenn man sich nun vorstellt, dass eine solche Weltordnung erst einmal errichtet wäre, so wie man sich diese in China vorstellt, also sei es als Übergangssituation eine multipolare Ordnung oder in Zukunft eine einpolige oder zweipolige Ordnung, dann wäre das nach Vorstellung der Volksrepublik China so, dass jene Akteur:innen, die die Macht über den

Pol haben, auch dem Rest der Region oder dem Rest der Welt sagen, wie mit der Klimakrise umzugehen sei.

Meine Intuition sagt mir, dass viele chinesische Politiker:innen der Meinung sind, dass es im Augenblick überhaupt keinen Sinn hat, international große Diskussionen zu führen, obwohl sie an diesen natürlich teilnehmen, weil sie wissen, dass es sein muss. So war zum Beispiel Xi Jinping international der einzige Staatsmann, der sich zu dieser Angelegenheit geäußert hat. Meiner Meinung nach glaubt China, zuerst die Weltordnung festlegen zu müssen, um damit auch jene Strukturen zu schaffen, mit welchen der Klimaschutz durchgesetzt werden kann.

### ARNOLD SUPPAN

Danke an die drei Vortragenden, dass sie sich dem großen Wort der Zeitenwende wirklich weitgehend angenähert haben. Wir brauchen nur drei Jahre zurückzublicken, jede und jeder soll sich fragen, was man sich 2019 vorgestellt hat, was Ende 2022 sein würde. Niemand von uns hat dies alles vorhersehen können.

Wenn ich kurz zurückblicken darf: Wir hatten eine solche Zeitenwende

schon 1989/1991, und es ist eigentlich nicht gelungen, mit den USA als Sieger im Kalten Krieg, der Sowjetunion im Zerfall und China, das durch das Eingreifen auf dem Tian'anmen Square innenpolitisch sehr beeinträchtigt war, eine entsprechend stabile Weltordnung aufzustellen. Das veränderte sich nach 2001 sehr bald. Als Historiker blicke ich noch etwas weiter zurück, auf das Epochenjahr 1944. Und meine Frage dazu, vor allem an den Kollegen Zacharasiewicz, wäre: Wie konnte sich Präsident Roosevelt 1944 so irren, dem Diktator Stalin das Zehn- oder Zwanzigfache der Unterstützung Chinas zu liefern? Oder war es vielleicht sogar das Fünfzigfache an Fahrzeugen, Waffen, Munition und Versorgungsgütern? Es war 1944 recht eindeutig, dass Nazi-Deutschland den Krieg verlieren wird. Dennoch kann man auf US-Seite deutliche Fehleinschätzungen feststellen, wobei ich auf das jüngste Buch von Sean McMeekin, der auch einmal bei Herrn Botschafter Brix einen sehr interessanten Vortrag über das Osmanische Reich hielt und jetzt sein neues Buch *Stalin's War* veröffentlicht hat,<sup>31</sup> verweisen

<sup>31</sup> McMeekin Sean, *Stalin's War. A New History of World War II.*, New York: Basic Books, 2022.

darf. Sein Werk liefert auch die genauen Zahlen zu den angesprochenen Lieferungen im Lend-Lease-Programm. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Jahr 1944 ebenfalls eine Zeitenwende war, die bald in einen Kalten Krieg geführt hat, und vielleicht kann man aus solchen Fehlern auch für die heutige Zeitenwende einiges lernen.

### WALDEMAR ZACHARASIEWICZ

Ich würde gerne noch einmal auf das bereits in meinem Kurzvortrag erwähnte Buch von Klaus Schwabe<sup>32</sup> Bezug nehmen. Ich bin Kulturhistoriker und diplomatische Geschichte ist nicht mein Hauptarbeitsfeld. Aber es waren natürlich die kriegsführenden Alliierten in Europa, die man über verschiedenste Wege unterstützte, während China nicht direkt am Kriegsgeschehen beteiligt war, zumindest nicht in Europa, wo der Krieg beendet werden sollte. Die Situation war wahrscheinlich unübersichtlich; außerdem haben die

USA Japan vom Pazifik und nicht vom Festland aus attackiert. Meiner Meinung nach gibt das großartige Museum in New Orleans (das National World War II Museum) in einer übergroßen Dokumentation Anhaltspunkte für eine Beantwortung der Frage: Es war die Navy, die militärisch gegen Japan vorgegangen ist. Die amerikanische Militärmacht konzentrierte sich darauf, was vielleicht einen Faktor darstellt. Es war naheliegend, den Verbündeten, also den Alliierten in Europa, jede Unterstützung zuteilwerden zu lassen. Man gab hier sicherlich viel Terrain auf, hat offenbar – so resümieren Klaus Schwabe und andere in seiner sehr umfangreichen Studie – mit viel Optimismus den Alliierten geglaubt, was an manchen Stellen an Naivität grenzte, weil man hoffte, dass Wort gehalten werden würde. Dass dies nicht der Fall war, war bei Polen als erstes zu sehen: Hier wurde von den Sowjets eine kommunistische Regierung eingesetzt und so versucht, die in London angesiedelte Exilregierung mit demokratischen Akteur:innen auszuschalten. Stalin akzeptierte diese demokratische Regierung natürlich nicht. Hier wurden also von der amerikanischen Administration schwerwiegende Fehler gemacht,

worauf Harry S. Truman durch das Konzept des Containments versuchte, die verlorene Ordnung wiederherzustellen. Der Eiserner Vorhang, den die Ältesten von uns noch erlebt haben, war eine Folge davon. Jenseits des Eisernen Vorhangs war kein Eingreifen möglich, ohne einen neuen Weltkrieg auszulösen. Aus diesem Grund intervenierte die USA weder in Polen noch in der Tschechoslowakei oder dazwischen in Ungarn, sondern überreichte nur Protestnoten und setzte nur wirtschaftliche Maßnahmen.

### BRIGITTE MAZOHL

Vielen Dank auch meinerseits. Ich habe eine Frage an Botschafter Brix. Sie haben sehr überzeugend die unterschiedlichen Zielsetzungen, die zum Teil auch historisch begründet sind, sowie die historische Berufung auf die vergangene Größe, angefangen von Peter dem Großen, Katharina der Großen, Alexander I. und so weiter, im russischen Diskurs dargelegt. Nun habe ich mich gefragt, welche Rolle in dieser Argumentation bzw. in dem Bedürfnis, sich aufgrund der drohenden NATO-Osterweiterung wehren zu müssen, die Ideolo-

<sup>32</sup> Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung: Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn: Schöningh, 2006.

gie des Kalten Krieges spielt. Denn, wenn man sich an die Geschichte zurückerinnert, war Russland eigentlich jahrhundertlang ein Teil Europas und die „vergangene Größe“ hatte sich in einem Russland, das Teil der europäischen Gemeinschaft war, herausgebildet. Denken wir nur an die entscheidende Rolle, die Alexander I. nach den Napoleonischen Kriegen und beim Wiener Kongress gespielt hat, und auch Katharina die Große war ja eine deutsche Prinzessin gewesen. Der wirkliche Bruch mit dem „Westen“ erfolgte doch tatsächlich erst mit der Russischen Revolution. Der Kalte Krieg war ein Systemkonflikt zwischen dem Westen und dem Kommunismus. Im Beitrag von Botschafter Brix kam das Wort Kommunismus überhaupt nicht vor. Aber welche Faktoren bilden denn dann das heutige Feindbild von Putin und seiner Entourage, wenn die Ideologie und der Kommunismus kein Thema mehr sind? Spielt der alte ideologische Systemkonflikt keine Rolle mehr?

### EMIL BRIX

Im Grunde genommen ist es ein Kalter Krieg ohne Ideologie, den wir

derzeit erleben, und zwar schon über längere Zeit als Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen oder Europa. Für Putin aber reicht das nicht. Aus diesem Grund beginnt er wieder damit, ideologische Elemente in seine Argumentation einzubauen. Die Vorstellung vom dekadenten Westen, der sich nur um LGBT und um Minderheiten kümmert und Mehrheiten ignoriert. Hier wird versucht, eine ideologische Unterscheidung zum Teil des Konfliktes zu machen, was erstaunlich ist. Im Westen wird, wenn es um Verteidigung geht, Ideologie kaum zum Thema gemacht; am ehesten wird die Frage nach europäischen Werten gestellt, die niemand so genau zu formulieren weiß. Auf russischer Seite heißt es als Teil dieses autokratischen Systems, es handle sich auch um eine ideologische Auseinandersetzung zwischen der russischen Zivilisation und dem Westen, wie Putin bereits mehrmals hervorgehoben hat. Meiner Meinung nach handelt es sich um einen Kalten Krieg, aber ohne Ideologie. Ich glaube auch, wir sollten alles daransetzen, dass es so bleibt, damit wir nicht in eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Europa und Russland geraten. Das Wahrscheinlichste ist, dass Con-

tainment, also die Eindämmung, entscheidend wird, wenn es um die Strategie der USA und der Europäischen Union gegenüber Russland geht. Wie auch der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ständig verdeutlicht, geht es um Eindämmung und in erster Linie um militärische Eindämmung.

### MICHAEL METZELTIN

Ich danke für die schönen Vorträge und die klaren Übersichten. Eigentlich stellen sich mir unter anderem zwei Fragen. George Friedman betont immer wieder, dass zuerst Großbritannien und später die USA seit 100 Jahren alles getan haben und tun werden, damit Deutschland, implizit Europa, nicht mit Russland zusammenkommt. Meine erste Frage dazu lautet: Wie weit kann Europa ohne Russland bestehen? Ist einer der Auswege eine Neuauflage einer Großraumwirtschaft – was nicht neu wäre, wenn man die Entwicklung auf dem Westbalkan betrachtet?

Meine zweite und viel komplexere Frage stellt sich im Zusammenhang mit China, wobei neben dem bereits erwähnten Klimawandel eine viel heiklere Frage in den Medien nur sehr zögerlich gestellt wird. Dazu

gehe ich in der Geschichte ein wenig zurück und beginne mit China: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Besuch Richard Nixons und somit mit der gesamten Vorbereitung durch Henry Kissinger 1971/72 und China? Steht der Kissinger-Report von 1974 über, ich formuliere es einmal sehr drastisch, die Eindämmung der Gesamtbevölkerung in einem Zusammenhang mit der Öffnung Chinas und der Ein-Kind-Politik? Dabei handelt es sich eigentlich um ein viel größeres Problem, das im Augenblick unterschwellig betrachtet wird, aber deutlich zu sehen ist und sehr heikel ist.

### SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

Ich kann etwas zur Ein-Kind-Politik und zur Frage der Eindämmung des Bevölkerungswachstums sagen. Soweit ich die Diskurse in China kenne, und die Diskurse zur Ein-Kind-Politik kenne ich relativ gut, würde ich sagen, dass hier nie ein Zusammenhang etabliert wurde. Aber *ex post* fällt auf, dass die sogenannte Ein-Kind-Politik nicht erst Ende der 1970er-Jahre begann, sondern schon Ende der 1960er-Jahre, übrigens vor der Annäherung zwischen den USA

und China, und auch vor dem angesprochenen Papier. Ich nehme somit an, dass hier zumindest keine direkte Verbindung gegeben ist.

Man kann heute allerdings sehen, dass die chinesische Regierung durch die rapide abnehmenden Bevölkerungszahlen in China aufgrund der Ein-Kind-Politik und aufgrund des ungeheuren Überhangs männlicher Nachkommen gegenüber weiblichen Nachkommen sowie einer extrem niedrigen Fertilität der weiblichen Bevölkerung nervös wird, weil auch Indien immer größer wird. In gewisser Weise wurde das Selbstbewusstsein Chinas auch daraus gespeist, dass es das Land mit der größten Bevölkerung ist. Man befürchtet nunmehr, dass es in China zu einer Situation kommt, in welcher es für die Realisierung der hoch fliegenden ökonomischen und militärischen Pläne nicht mehr genügend junge Leute gibt. Ich befürchte, dass man damit rechnen muss, dass, wenn die Führung der Kommunistischen Partei auf Dauer oder über die nächsten Jahrzehnte in den Händen von Xi Jinping liegt, mit Zwang versucht werden wird, durchzusetzen, dass jede Frau mindestens drei Kinder zur Welt bringt. Darüber wird bereits in China diskutiert, um dem rapiden

Abfall der Bevölkerung – man nimmt an, dass bis 2050 die Bevölkerung in China auf 750 Millionen gesunken sein wird – entgegenzuwirken. Ideologisch und politisch gesehen traut man Xi Jinping sehr wohl zu, Frauen zu einer Drei-Kind-Politik zu zwingen. Hinter vorgehaltener Hand wird dies in China bereits diskutiert.

### EMIL BRIX

Zur Frage, ob es stimmt, dass eine stärkere Annäherung zwischen Deutschland und Russland immer verhindert wurde, muss ich meine Zweifel aussprechen. Ich bezweifle ebenso, dass es ein großes strategisches Konzept im Westen gibt, dies zu verhindern. Historisch gesehen hatten natürlich weder Frankreich noch Großbritannien Interesse an solch einer Partnerschaft. Aber in der aktuellen Situation, sprich der neuen Weltordnung, spielt das meines Erachtens keine Rolle. Natürlich haben beide Seiten nach der Wende 1989, nach der deutschen Wiedervereinigung und nach dem Ende der Sowjetunion versucht, ein Sonderverhältnis zwischen Deutschland und Russland zu entwickeln. Die wirtschaftlichen Verbindungen, bis hin zum Bau der

ominösen Pipelines, deuten darauf hin, dass es Interesse gibt. Auch ich weiß natürlich nicht, wer diese Pipeline in die Luft gesprengt hat, und natürlich kann eine dieser Theorien sein, dass US-amerikanische Interessen dahinter stehen, die nahelegen wollen, dass es zwischen Deutschland und Russland kein Sonderverhältnis geben kann. Meiner persönlichen Einschätzung nach, folgend allem, was ich gelesen und gesehen habe, war es vielmehr ein russischer Versuch, zu bekräftigen, dass Russland mit seinen Machtmitteln auf alle Infrastrukturen zugreifen kann.

### CHRISTIANE WENDEHORST

Ich würde gerne die letzten Fragen bündeln und darf die Vortragenden anschließend um ihre Schlussworte bitten.

### MAX HALLER

Ich hätte eine kurze Frage und Anmerkung. Die Frage betrifft die Rolle von Taiwan, China und den USA. Es ist sehr beunruhigend, dass China behauptet, Taiwan gehöre kulturell zu China. Vor dem Parteitag hatte Xi

Jinping sogar ausdrücklich militärische Mittel in diesem Zusammenhang erwähnt. Wie lauten Ihre Einschätzungen dazu?

Die Ausführungen von Botschafter Brix fand ich sehr spannend, wobei ein sehr wichtiger und naheliegender Faktor nicht angesprochen wurde: die Rolle bestimmter Persönlichkeiten in der Geschichte. Wir brauchen nicht bis zu Josef Stalin oder Adolf Hitler zurückgehen, auch danach haben Personen wie Slobodan Milošević, Nikita Chruschtschow und Deng Xiaoping die Welt entscheidend verändert, im Positiven wie im Negativen. Deswegen scheinen mir die Konklusionen von Botschafter Brix, Europa müsse sich ohne Russland eine neue Ordnung erstellen, zu pessimistisch zu sein. Wladimir Putin ist beinahe durch Zufall an die Macht gekommen, er kam in den Kreml, wobei Boris Jelzins Kandidat eigentlich Boris Nemzow war, jener ermordete Oppositionspolitiker, der ein Freund der Ukraine war. Und gerade Michail Gorbatschow und Nikita Chruschtschow zeigen, dass in Russland auch friedlichere und demokratischer gesinnte Politiker:innen möglich sind. Und Putin wird nicht ewig leben, das kann man sagen.

### MANFRED BIETAK

Ich hätte ebenfalls eine Frage an Herrn Botschafter Brix: Putin hatte sich relativ knapp vor dem Beginn des Ukrainekriegs darüber beschwert, dass der Westen, unter Ronald Reagan, Russland gegenüber falsche Versprechungen gemacht hätte, nämlich, dass er die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten weder ideologisch noch politisch zum Westen ziehen würde. Das war dann allerdings nicht der Fall. Russland ist praktisch von NATO-Staaten umzingelt. Putin hatte sogar gefordert, dass der Westen zurückrudern solle. Was weiß man über diese Versprechungen unter Reagan und Gorbatschow? Soweit ich weiß, gibt es keine schriftliche Bestätigung dieser Doktrin.

### CHRISTIANE WENDEHORST

Vielen Dank für diese wichtigen Fragen und Anmerkungen, denen ich außerdem noch eine Frage an das gesamte Panel anschließen möchte – nämlich, jene nach der Rolle Europas. Es wurde in verschiedenen Statements immer wieder gestreift, welche Rolle Europa – und damit meine ich insbesondere auch die Europä-

ische Union – spielen könnte und sollte. Wie sieht hier die Perspektive aus, welche strategischen Fehler gilt es zu vermeiden, und wie soll man sich positionieren?

### WALDEMAR ZACHARASIEWICZ

Ich möchte zunächst auf die genannten Persönlichkeiten eingehen. Es ist der Name Michail Gorbatschow gefallen. Die Verpflichtung des freien Europas gegenüber der Humanität von Gorbatschow ist hoch anzusetzen, und er wurde auch in Europa und in den USA ganz anders gewürdigt als in seinem eigenen Land, wo er als Zerstörer der Macht der Sowjetunion abgewertet wurde. Bezüglich der eben angesprochenen Frage des Kollegen Bietak, ob es belastbare Dokumente und Aussagen über Zusagen an Gorbatschow gäbe, darf ich auf das sehr umfangreiche Buch von Klaus Schwabe verweisen. Solche Zusagen sind nicht belegt, aber es gab Wünsche und Äußerungen; die Archive sind jedoch inzwischen so weit erschlossen, dass es möglich ist zu bestätigen, dass es keine verbindliche Zusage gab. Ich bin zwar kein Politikhistoriker und Politikwissenschaftler, aber was man dem Westen

unter Umständen vorwerfen kann, ist, dass er in dieser Zeit der Krise in Russland verbunden mit der katastrophalen Entwertung des Rubels und der Aneignung des Staatseigentums durch Akteur:innen, die vielleicht aus dem Ausland Geld erhielten und sich dann zu Magnat:innen und reichen Oligarch:innen mauserten, nicht in einer maßvolleren Weise eingegriffen hat, gesteuert hat, gebremst hat, sondern geglaubt hat, die russische werde einfach Teil der großen Weltwirtschaft etc. Dass man nicht zeitgerecht interveniert hat, stellt ein Versäumnis dar, das wahrscheinlich retrospektiv zu beklagen ist.

Ich kann mich noch an eine Konferenz erinnern, die wir 2003 selbst gestaltet haben und die eine Entfremdung zwischen Europa und den USA zeigte. Es gibt auch eine Publikation: *Transatlantische Differenzen/Transatlantic Differences*.<sup>33</sup> An dieser Konferenz nahmen noch Persönlichkeiten aus den USA teil, die in Russland die freie Presse, die neue Öffentlichkeit und die Medien unterstützten. Doch in diesem Bereich erfolgte im Laufe der Zeit eine Ero-

sion, die zu dem Phänomen führte, dass es dort keine demokratischen Strukturen mehr gibt, dass es eine Diktatur, nicht mehr eine Autokratie, sondern eine Diktatur, wurde. Deswegen ist die Frage nach einer möglichen Kooperation oder engen Beziehung zwischen Deutschland und Russland in dieser Form eigentlich eine undenkbare Sache, denn die demokratischen Grundstrukturen wurden, wie wir alle wissen, längst über Bord geworfen und zerstört und sind auf lange Sicht, wenn sich nicht eine Veränderung oder ein Umsturz ereignet, nicht wiederherstellbar. Europa wird versuchen müssen und hoffen, dass sich in den USA die maßvollen Kreise, die Besonnenen in der Mitte des politischen Spektrums, zusammenfinden und eine vernünftige transatlantische Kooperation pflegen, die Möglichkeiten besitzt, in einer Welt einzugreifen, die Initiativen im Hinblick auf das Klima und der Ernährungskatastrophe erfordert.

### SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

Die Konstellation Taiwan-Ukraine ist natürlich eine, die mich sehr beschäftigt hat. Es gibt in der Tat sehr viele Dinge, die – zumindest auf den

<sup>33</sup> Waldemar Zacharasiewicz (Hrsg.), *Transatlantische Differenzen/Transatlantic Differences*, Wien: Böhlau 2004.

ersten Blick – sehr ähnlich erscheinen. Die Problematik mit Taiwan besteht darin, dass die Führung der Volksrepublik China, wie ich mich vorhin diplomatisch ausgedrückt habe, laufend ausprobiert, wie viel sie den USA zumuten kann, gleiches gilt auch umgekehrt. In letzter Zeit haben wir gesehen, dass sich diese beiden Kontrahenten sehr viel gegenseitig zumuten. Vor wenigen Tagen veranstaltete Russland zusammen mit China Patrouille-Flüge über dem Pazifik in der Nähe von Korea und Taiwan. Diese Vorgehensweise lässt vermuten, dass diese Region derart hoch gerüstet ist, dass man damit rechnen muss, dass es früher oder später zu einem ungewollten militärischen Clash zwischen den USA und China kommen könnte und dass man in dieser Situation Russland in der Nähe haben will, um damit gegebenenfalls beweisen zu können, nicht der Initiator des Krieges gewesen zu sein, sondern durch die USA dazu gedrängt worden zu sein.

China betrachtet die Situation in der Ukraine sehr genau und hat große Angst davor, dass China in Taiwan ähnliches passieren könne wie Russland in der Ukraine. China hat in jedem Fall seine Auffassung deutlich gemacht, dass Putin mit dem Beginn

dieses Krieges einen großen militärisch-strategischen Fehler gemacht hat. China scheint nach wie vor daran festzuhalten, dass eine Jahrhunderte alte chinesische Militärstrategie verbietet, einen derartigen Krieg anzufangen. Aber ich gehe davon aus, dass sie darauf warten, dass dieser Krieg dennoch irgendwann ausbricht.

Interessant ist auch, dass wir von allen Kriegen, die im 20. Jahrhundert in Ostasien zwischen China und einem anderen Land – nämlich Japan – begonnen wurden, bis heute nicht wissen, wer den Krieg begonnen hat. Das ist eine Kriegstaktik, die in Ostasien offenbar beide Seiten sehr gut beherrschen. Ich gehe davon aus, dass die Volksrepublik China eine solche Lösung herbeisehnt.

Was die Rolle Europas in diesem Zusammenhang betrifft, bin ich bekannt dafür, dass ich nicht der Auffassung bin, dass wir uns der natürlichen Blockbildung, die sich im Augenblick gerade durchzusetzen scheint, einfach hingeben sollten. Ich bin der Meinung, dass Europa seine passive Rolle in der Weltpolitik aufgeben muss, und zwar zu unseren eigenen Gunsten. Deshalb empfehle ich, dass Europa in diese hochgefährliche Situation im Pazifik eingreift

und sich dort als eine Partei etabliert, die sowohl zu Taiwan als auch zur Volksrepublik China über sehr gute Verbindungen verfügt. Europa muss sich in diese Konstellation einbringen, da es im Falle eines Krieges ökonomisch innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen würde. Aus unserem ureigensten Interesse sollten wir in diesen Konflikt eingreifen, bevor er in einen Brand ausartet. Ich bin der Auffassung, dass wir über diese Möglichkeiten verfügen und dass es denkbar ist, einen Plan zu verwirklichen, der die beiden Kontrahenten USA und China so weit wie möglich voneinander trennt. Das würde bedeuten, dass die Volksrepublik China den Status quo in Taiwan anerkennen muss, was sie nicht möchte, und es würde bedeuten, dass die USA die Sicherheit dieser Region regionalen Mächten übergeben müsste, nämlich Japan, Australien und Südkorea. Alle Expert:innen in diesem Bereich bewerten dies als unmöglich. Natürlich. Aber wenn wir nicht darüber nachdenken, durch das Unmögliche diesen Krieg zu verhindern, dann werden wir uns in den nächsten Jahren in einem Krieg befinden, der wirklich unsere Vorstellungskraft übertrifft, denn die Volksrepublik China wird in einem solchen Krieg



das amerikanische Festland angreifen und verfügt bereits über die entsprechenden Waffen, um dies zu tun. Auf der anderen Seite brauchen wir China, um eine Balance in der Welt herzustellen, die uns das Leben mit Russland in Zukunft möglich macht, selbst dann, wenn Putin weiter an der Macht bleiben sollte. Deshalb finde ich, dass Europa endlich aktiv werden sollte. Wohl wissend, dass wir die enge Zusammenarbeit mit den USA brauchen, um uns Russlands zu erwehren, müssen wir aber auch weltpolitisch denken und weltpolitisch handeln.

### CHRISTIANE WENDEHORST

Vielen Dank für diese mahnenden Worte, die jetzt beinahe eine gewisse Betroffenheit zurücklassen und eine ganz neue Diskussion erfordern würden, die wir vielleicht in einem anderen Rahmen fortführen können. Ich darf noch den Herrn Botschafter um seine Schlussworte bitten.

### EMIL BRIX

Ich würde gerne noch einen etwas optimistischeren Gedanken hinzu-

fügen. Ich glaube nicht, dass das Festland Amerikas angegriffen wird, aber das ist eine andere Diskussion. Kollege Haller hat die Rolle historischer Persönlichkeiten angesprochen. Selbstverständlich sind in wichtigen Entscheidungsmomenten auch Persönlichkeiten relevant. Denken wir an Stefan Zweigs *Sternstunden der Menschheit*. Darin steckt schon eine gewisse Wahrheit. Aber wenn ich mir die russische Entwicklung ansehe, dann können weder Stalin noch Putin alle Entscheidungen alleine treffen. Dahinter stehen Strukturen, in die sie eingebettet sind. Es ist auch nicht Putins Krieg, der gerade in der Ukraine läuft. Es ist ein Krieg, der tatsächlich – und die Meinungsumfragen sind hier leider eindeutig – zumindest von der Hälfte der Bevölkerung für positiv und gut befunden wird. Offiziell sind es sogar 79 bis 80 %, die den Krieg befürworten. Das heißt, hier ist die Persönlichkeit nur Teil eines Systems. Ebenso verhält es sich bei Stalin. In der Nähe von Wolgograd stand die größte Stalin-Statue, die erst in den 1960er-Jahren durch Lenin ersetzt wurde. Sie ist aus Blech, etwa 30 Meter hoch und muss festgezurrert werden, damit sie nicht umfällt. Es gibt auch tatsächlich Überlegungen,

Wolgograd wieder Stalingrad zu nennen. Aber das heißt nicht, dass eine bestimmte Persönlichkeit diese Entscheidung trifft, sondern dass das System offenbar so gestaltet ist, dass eine Persönlichkeit an der Spitze stehen kann, die das durchsetzen kann. Das passiert gerade in Russland. Ich glaube nicht, dass es mit der Persönlichkeit allein zu tun hat.

Die zweite Frage betraf vermeintliche Versprechungen seitens der NATO und dem Westen. Nun, das ist sehr gut dokumentiert, teilweise wurde bereits darauf hingewiesen. Der Aspekt wurde auch eingehend analysiert, weil es tatsächlich in den letzten Monaten vor Kriegsausbruch eines der Hauptargumente von russischer Seite gewesen war, dass hier Versprechen gebrochen wurden. Es gibt bis heute kein schriftliches Dokument, in dem das erwähnt wird. Aber es gibt Memoiren US-amerikanischer, aber auch russischer und deutscher Politiker, in welchen angesprochen wird, dass vor der deutschen Wiedervereinigung abgelehnt worden war, dass der östliche Teil Deutschlands der NATO beitrifft. Der Westen habe versprochen, dass dies nicht der Fall sein werde. Das galt aber, aus der Sicht der damals handelnden US-Amerikaner, für die DDR. Mit der deutschen Wie-



dervereinigung hat sich diese Frage dann erübrigt, relevant war nun, ob ganz Deutschland der NATO beitrifft. Aber andere Erörterungen wurden, zumindest schriftlich, in keiner Form erwähnt.

Ich denke, es geht hier auch um unterschiedliche Wahrnehmungen. Offenbar ist es für die russische Seite möglich, in einer politischen Auseinandersetzung die Wahrnehmung, dass man vom Westen schlecht behandelt wurde, einzusetzen, um einen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu argumentieren. Diese Argumentation erzeugte auch in der russischen Bevölkerung eine gewisse Glaubwürdigkeit. Warum ist das gelungen? Weil man jahrzehntelang unter Putin ein antiamerikanisches Kalkül aufgebaut hat. Es hieß, man bekäme nicht den Respekt, den man von den USA verdienen würde; als Grund wurde im Wesentlichen der Besitz von Atomwaffen angeführt. Es ist übrigens auch ein europäisches Problem, dass Europa für Russland weniger interessant ist. Russland will nur den Respekt der Vereinigten Staaten. Ich habe das auch persönlich erlebt. Keine Ebene der Europäischen Union ist für Gespräche interessant. Von Interesse ist vielmehr, ob Russland von den Vereinigten Staaten

als gleichberechtigt angesehen wird. Man sieht, ein ziemlich irrationales Argument von russischer Seite, das hier eingesetzt wird. Es gibt keine Beweise, dass es hier jemals schon eine Zusage gegeben hätte, aber in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch wurde auch schriftlich von russischer Seite verlangt, dass die NATO Waffen aus den 1997 beigetretenen östlichen NATO-Staaten zurückziehen müsste.

Abschließend möchte ich noch zum letzten Punkt, nämlich Europa, kommen. Ich hielt vor wenigen Wochen einen Vortrag mit dem Titel „Europa muss ein Imperium werden“. Das hat sehr provoziert. Das Wort Imperium darf man offenbar nicht in den Mund nehmen, obwohl es ein Land gibt, das das Wort Reich sogar in seinem Namen trägt: Österreich. Aber wenn es um eine Diskussion zu Europa geht, darf man das Wort Imperium nicht verwenden. Ich meine es aber ganz ernst: Ohne wesentlich mehr imperialem Denken wird die Europäische Union in dieser künftigen Weltordnung nicht die Rolle einnehmen, die sich die meisten wohl wünschen – inklusive ihrer Rolle bei der Bewältigung der Klimakatastrophe, natürlich jener in außenpolitischen Fragen und natürlich in der Frage, wie es mit

Taiwan weitergeht. Ein Stück imperiales Denken wird notwendig sein. Sehe ich, dass wir eine Chance dazu haben? Wenn ich an die Haltung der österreichischen Bundesregierung bei so einer kleinen Frage wie der Erweiterung von Schengen um Rumänien und Bulgarien denke, tut es mir ein bisschen leid, hier etwas dazu zu sagen. Aber ich würde es mir wünschen und es für richtig halten, dass es der Europäischen Union gelingt, ein Stück mehr Imperium zu sein. Und vielleicht sollten wir auch diskutieren, gerade im wissenschaftlich-historischen Kontext, was das eigentlich bedeuten würde.



# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften  
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, 1010 Wien  
[www.oeaw.ac.at](http://www.oeaw.ac.at)

## HERAUSGEBERIN DES BANDES

Univ.-Prof. Dr. iur. Christiane Wendehorst, LL.M. (Cantab.)

## COVERBILD & PORTRAITFOTOS

Cover: © catshila/Shutterstock.com

Seite 5: © ÖAW/Elia Zilberberg

Seite 7: © Das Portrait – Studio für Photographie, 1180 Wien, Sigrid Johns

Seite 17: © DA/Peter Lechner

Seite 23: © Christoph Glanzl

## REDAKTION

Mag. Christina Bierbaumer, MA

## LEKTORAT

Mag. Hermelinde Steiner

## SATZ

Andrea Rostorfer

## DRUCK

Gugler GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Copyright © 2023

Die inhaltliche Verantwortung und das Copyright für die einzelnen Beiträge liegen bei den jeweiligen Autor:innen. Meinungen, die zum Ausdruck gebracht werden, repräsentieren die Standpunkte der jeweiligen Autor:innen und decken sich nicht unbedingt mit jenen der ÖAW.



9 783700 194743

ISBN 978-3-7001-9474-3



[WWW.OEAW.AC.AT](http://WWW.OEAW.AC.AT)